



Willkommen zum 8. Bundesparteitag am 2./3. Dezember in Hannover



Die AfD im Bundestag 8



Die AfD wirkt 30

St. Martinsfeiern gehören zu unserer christlich-abendländisch geprägten Kultur

Nur eine gelebte Kultur ist Voraussetzung für Integration.

In zunehmendem Maße werden von Multi-Kulti-Regenbogenverfechtern und den entsprechenden Parteien unsere in Deutschland tief verwurzelten Feiertage in Frage gestellt. So auch in Rheinland-Pfalz, wo Martinsumzüge immer mehr unter Druck geraten. Einerseits durch Umbenennungen zu „Sonne, Mond, Sterne“-Festen und ähnlichem, um das Wort St. Martin nicht mehr erwähnen zu müssen. Andererseits durch das Abhalten von Konkurrenzveranstaltungen mit ähnlicher Ausrichtung. So veranstaltete z.B. der Gemeinsamhandel Zweibrücken in diesem Jahr ausgerechnet am 11. November ein „Licht und Feuer“-Fest.

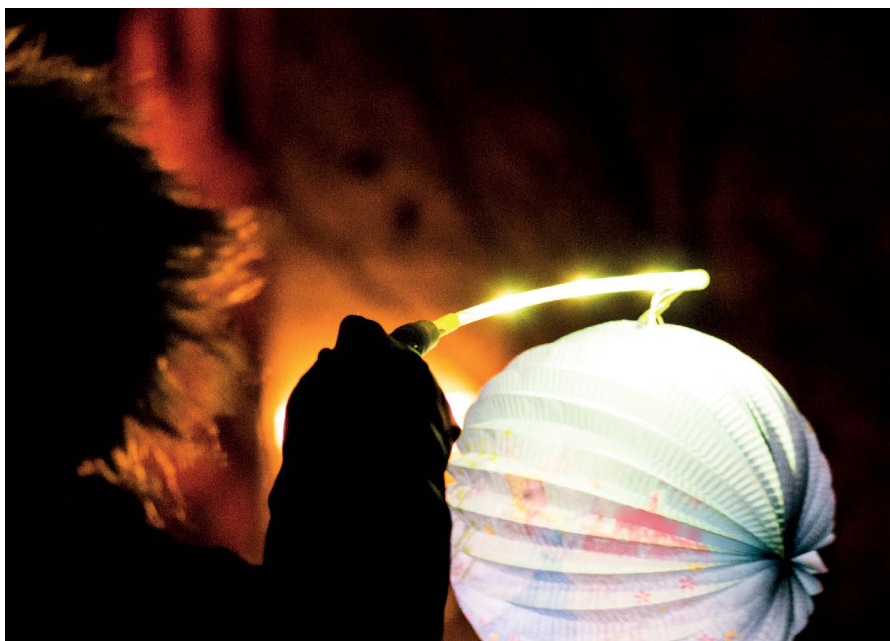
Dazu sagt **Martin Louis Schmidt**, kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz: „Die St.-Martins-Feiern gehören zu unserer christlich-abendländisch geprägten Kultur und sind gelebtes Brauchtum. Die AfD steht

zu unseren Traditionen. Deshalb finden wir es schade, dass in Zweibrücken – wohl auch – aus kommerziellen Gründen ein besonders schönes christliches Fest in den Hintergrund gedrängt wird und Familien zu einer Entweder-Oder-Entscheidung gezwungen werden. Aus Rücksicht auf die St.-Martins-Umzüge hätte das ‚Licht und Feuer‘-Fest auch eine Woche später stattfinden können. Schließlich wurde es 2016 am 19. November ausgerichtet, im nächsten Jahr ist es auf 17. November terminiert.“

Schmidt weiter: „Was die AfD völlig ablehnt, ist das Verleugnen von St. Martin und damit verbundene Umbenennungen unter dem Vorwand, man wolle muslimischen Kindern die christliche Tradition nicht aufdrängen, man wolle nicht ausgrenzen. Das ist fatal. Nur ein klares Bekenntnis zur deutschen Leitkultur ermöglicht Integration.“

Inhalt

Bundestag	3
Bundesparteitag	4
Bundesfachausschüsse	6
Bereit sein für Neuwahlen	7
Bundestag	8
Bundestagsfraktion	12
Baden-Württemberg	14
Bayern	15
Berlin	16
Brandenburg	17
Bremen	18
Hamburg	19
Hessen	20
Mecklenburg-Vorpommern	21
Niedersachsen	22
Nordrhein-Westfalen	23
Rheinland-Pfalz	24
Saarland	25
Sachsen	26
Sachsen-Anhalt	27
Schleswig-Holstein	28
Thüringen	29
AfD wirkt	30
Impressum	30
Adressen Landesverbände und Fraktionen	31



Liebe Mitglieder, Förderer und Freunde der Alternative für Deutschland,



Anfang Dezember 2017 können wir auf elf Monate eines erfolgreichen Jahres für unsere Partei zurückblicken und haben mit dem 8. Bundesparteitag ein großes Ereignis vor Augen. Anfang des Jahres versuchten die vermeintlich meinungsbildenden Medien unsere Alternative für Deutschland vor dem Hintergrund der damaligen Umfragewerte von durchschnittlich sieben Prozent in die Bedeutungslosigkeit zu schreiben. Wir wurden beschimpft, diffamiert und immer wieder auch Opfer von tätlicher Gewalt. Kein Tag verging, an dem wir nicht an die mediale Wand gestellt wurden. Endlos zerstritten seien wir, hieß es auf mancher Titelseite, und nicht politikfähig.

Wenige Monate später sind wir nicht nur in drei weitere Landtage eingezogen, sondern haben unser Hauptziel - mit einer großen Fraktion im Deutschen Bundestag vertreten zu sein - erreicht. Fast 13 Prozent der Wähler gaben uns Ihre Stimme und machten damit die

Alternative für Deutschland zur drittstärksten politischen Kraft in Deutschland!

Nach unserem Einzug hat die AfD-Fraktion bereits die ersten Anträge ins Parlament eingebracht und – allein aufgrund ihrer Präsenz – für ein Novum in der fast 60jährigen Geschichte des Bundestages gesorgt: Acht Wochen nach der Bundestagswahl ist die von der Noch-Kanzlerin favorisierte sogenannte Jamaika-Koalition in ihren entscheidenden Sondierungsgesprächen krachend gescheitert.

Damit haben sich die Wolkenkuckucksheime einiger politischer Traumtänzer in Luft aufgelöst. Und wir können – ohne Schadenfreude – sagen: Das Verdienst, dass rot-rot-grüne oder schwarz-gelb-grüne Phantastereien bis jetzt nicht weitgesponnen werden konnten, gebührt vor allem der Alternative für Deutschland. Dieser Erfolg ist das Ergebnis des Engagements all unserer Mitglieder, Förderer und Un-

terstützer – und in erster Reihe auch unseres Spitzenteams, das tagtäglich und unermüdlich für diesen fulminanten Wahlerfolg im Bundestagswahlkampf im Einsatz gewesen ist. Ihnen allen gilt der Dank unserer Partei!

Im Namen des gesamten Bundesvorstands möchte ich mich für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung in den zurückliegenden zwei Jahren bedanken und verbleibe

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Jörg Meuthen
Bundessprecher der Alternative für Deutschland

Herzlich Willkommen zum 8. Bundesparteitag der AfD

Am 2. und 3. Dezember 2017 findet der 8. Bundesparteitag unserer Alternative für Deutschland in Hannover statt. Die 600 Delegierten aus 16 Landesverbänden wählen unter anderem einen neuen Bundesvorstand sowie ein neues Bundesschiedsgericht. Daneben stehen weit mehr als 100 Anträge zur Debatte, darunter:

- acht Anträge zur Tagesordnung,
- 52 Anträge zur Bundessatzung,
- 5 Anträge zur Finanz- und Beitragsordnung
- vier Anträge zur Schiedsgerichtsordnung und
- 39 sonstige Anträge.“

Vorläufige Tagesordnung

- Begrüßung durch den Bundesvorstand
- Wahl der Versammlungsleiter
- Wahl der Protokollführer
- Wahl der Zählkommission, Mandatsprüfungskommission, Antragskommission

- Beschluss über die Verwendung elektronischer Stimmgeräte
- Beratung über und Beschlussfassung der Tagesordnung
- Bericht der Mandatsprüfungskommission
- Bericht des Bundesvorstands
- Beratung und Beschlussfassung zur Satzung
- Neuwahl des Bundesvorstands
- Wahl von Richtern zum Bundesschiedsgericht
- Beratung und Beschlussfassung zur Finanz- und Beitragsordnung
- Beratung und Beschlussfassung zur Schiedsgerichtsordnung
- Schlussrede und Nationalhymne

Weitere Informationen zum 8. Bundesparteitag der AfD finden Sie auf der AfD-Webseite unter <https://www.afd.de/bpt-hannover-2017/>

Gemäß der Satzung der Alternative für Deutschland ist die Delegierten-

zahl auf 600 begrenzt, wobei jeder AfD-Landesverband so viele Delegierte entsendet, wie dies seinem Anteil an der Gesamtmitgliederzahl im AfD-Bundesverband entspricht. Damit entsenden die 16 Landesverbände folgende Zahl an Delegierten:

- Baden-Württemberg (85)
- Bayern (84)
- Berlin (28)
- Brandenburg (25)
- Bremen (3)
- Hamburg (12)
- Hessen (51)
- Mecklenburg-Vorpommern (14)
- Niedersachsen (54)
- Nordrhein-Westfalen (99)
- Rheinland-Pfalz (39)
- Saarland (9)
- Sachsen (39)
- Sachsen-Anhalt (16)
- Schleswig-Holstein (21)
- Thüringen (21).

8. Bundesparteitag

2./3. Dezember 2017

Hannover

Alternative
für
Deutschland

Bundesschiedsgericht ermöglicht rechtssicheren Bundesparteitag

Das AfD-Bundesschiedsgericht hat in seiner vollen Besetzung, d.h. in Form des Senats, am 19. November 2017 zwei Beschlüsse gefasst, die eine rechtssichere Durchführung des bevorstehenden Bundesparteitages gewährleisten. Nachfolgend finden Sie die aus diesen Entscheidungen resultierende Zusammenfassung der Rechtslage zum Delegiertenstatus:

1. Sachverhalt

Dem Bundesschiedsgericht lagen zwei Anträge von Mitgliedern der Alternative für Deutschland unterschiedlicher Landesverbände vor, deren Amtszeit als Delegierte zu Vertreterversammlungen zum Zeitpunkt der Einladung zum Bundesparteitag länger als zwei Jahre andauerte.

Die Antragsteller waren zunächst durch die Bundesgeschäftsstelle zum Bundesparteitag, der am 2./3. Dezember 2017 in Hannover stattfinden wird, eingeladen worden, da der für sie zuständige Gebietsverband sie als Delegierte an die Bundesgeschäftsstelle gemeldet hatte. Im Nachgang zur Einladung der Delegierten für den Bundesparteitag war die Bundesgeschäftsstelle am 20. Oktober 2017 auf die Vorschrift des § 8 (1) Satz 2 Parteiengesetz aufmerksam gemacht worden, wonach die Mitglieder von Vertreterversammlungen für höchstens zwei Jahre durch Mitglieder- oder Vertreterversammlungen der nachgeordneten Gebietsverbände gewählt werden. Da die Wahl der Antragsteller zu Delegierten zum Zeitpunkt der Einladung zum Bundesparteitag bereits länger als zwei Jahre zurücklag, hatte die Bundesgeschäftsstelle im Auftrag des Bundesvorstandes gegenüber den Antragstellern den Widerruf der Einladung erklärt und darüber auch die jeweils zuständigen, beziehungsweise infrage kommenden, Gebietsverbände informiert. Ferner wurden die Ge-

bietsverbände darüber informiert, dass Neuwahlen der Delegierten erfolgen müssten, wenn die Wahlen der Delegierten auf Gebietsverbandsebene zum Zeitpunkt des Stattfindens des Bundesparteitages, also am 2./3. Dezember 2017, länger als zwei Jahre zurücklägen, da ein Überschreiten der Amtszeit den Wegfall des Teilnahme- und Stimmrechts der Delegierten zur Folge hätte und für den Fall des Unterbleibens der Neuwahl durch den Gebietsverband keine gültige Delegierten zum Bundesparteitag entsandt werden könnten.

Gegen den Widerruf der Einladung zum Bundesparteitag richteten sich die Anträge der Antragsteller. Sie beantragten sinngemäß, das Bundesschiedsgericht solle feststellen, dass der Delegiertenstatus gemäß § 11 (4) Satz 3 der Bundessatzung noch bis zur Neuwahl, also auch über die zweijährige Amtszeit hinaus, andauere und daher ein Teilnahme- und Stimmrecht auf dem Bundesparteitag für sie bestehe.

2. Zusammenfassung des Inhalts der Beschlüsse des Bundesschiedsgerichts

Das Bundesschiedsgericht hat einstimmig die Anträge beider Antragsteller abgewiesen und dem Bundesvorstand in seiner Rechtsauffassung Recht gegeben.

Im Kern hat der Senat des Bundesschiedsgerichts erkannt, dass die Satzungsreglung des § 11 (4) Satz 3 der Bundessatzung der Alternative für Deutschland, wonach die Delegierten bis zur Neuwahl im Amt bleiben, gegen § 8 (1) Satz 2 des Parteiengesetzes verstößt und deshalb nichtig sei. Das Bundesschiedsgericht hat ferner festgestellt, dass der Bundesverband der Alternative für Deutschland sich an das Parteiengesetz zu halten hat und

keine nichtigen Satzungsregeln anwenden darf. Der Senat des Bundesschiedsgerichts ist zu der Erkenntnis gelangt, dass der Delegierte nach Ablauf der Zeit, für die er gewählt ist, aber spätestens nach Ablauf von zwei Jahren seit seiner Wahl sein Amt als Delegierter kraft Gesetzes, ohne weiteres Zutun und auch dann verliert, wenn kein neuer Delegierter gewählt worden ist. Hierfür spricht bereits der Wortlaut von § 8 (1) Satz 2 Parteiengesetz, insbesondere die Verwendung des Wortes „höchstens“. Eine längere Amtsdauer für Delegierte würde einer demokratischen Verfassung nicht mehr entsprechen und die Mitgliederrechte zu sehr einschränken.

3. Fazit und dringende Handlungsempfehlung

Das Bundesschiedsgericht hat mit seinen Beschlüssen für die Partei verbindlich festgestellt, dass alle vor mehr als zwei Jahren zu Delegierten gewählten Mitglieder, deren Amtszeit mithin zum Zeitpunkt des Stattfindens des Bundesparteitages am 2./3. Dezember 2017 länger als zwei Jahre andauern würde, keinen Delegiertenstatus mehr besäßen und damit kein Teilnahme- und Stimmrecht auf dem Bundesparteitag hätten. Um sicherzustellen, dass der Gebietsverband der betroffenen Personen gültige Delegierte zum Bundesparteitag entsenden kann, mussten daher rechtzeitig vor dem Stattfinden des bevorstehenden Bundesparteitages die Delegierten neu gewählt werden, sofern ihre Amtszeit zum Zeitpunkt des Stattfindens des Bundesparteitages länger als zwei Jahre andauerte. Die neu gewählten Delegierten mussten dann unverzüglich der Bundesgeschäftsstelle gemeldet werden, welche diese dann ihrerseits unverzüglich einlud.

BFA 10: Energie, Technik und Infrastruktur

Im November 2017 waren im BFA 10 der Alternative für Deutschland 36 Vertreter der Landesfachausschüsse aus 14 Bundesländern aktiv. Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg sind zurzeit nicht vertreten.

Mit großer Unterstützung durch den Bundesvorstand und die Bundesgeschäftsstelle konnte der Höhepunkt der wissenschaftlichen Arbeit des BFA 10, die Bundesfachkonferenz „Energie und Klima“, am 14. Januar 2017 in Kassel durchgeführt werden. Knapp 100 Teilnehmer verfolgten die sieben Fachvorträge, zwei Video-Präsentationen und zwei Podiumsdiskussionen. Die Referenten der Fachvorträge wurden im Wesentlichen von Wissenschaftlern und Ingenieuren aus den Reihen der AfD gestellt. Das gilt auch für die Produzenten der Videos Klimagespräche „Anton und Beate“ 1-3, die unter folgendem Link im Internet abgerufen werden können: https://www.youtube.com/channel/UC3F1C3Hxj_FmZE--p2u-cAlg/videos.

In vertrauensvoller Zusammenarbeit der Mitglieder und dank guter Vernetzung über das Internet konnte der

BFA 10 die Ausarbeitung der programmatischen Punkte der AfD abschließen und zur Verabschiedung des Bundeswahlprogramms der Partei auf dem Kölner Parteitag am 22./23. April 2017 bringen. Die große Zustimmung in der Mitgliederbefragung und auf dem Parteitag zum Kapitel 13 „Energie, Klima, Technik/Technologie“ und dem Kapitel 14 „Verkehr, Wohnungsbau, ländlicher Raum“ zeigt, dass der BFA 10 auf dem richtigen Weg ist.

Im Bundestagswahlkampf konnte der BFA 10 die Spitzenkandidaten bei der Präsentation auch des Schwerpunktthemas „Energie und Klima“ angemessen unterstützen, so z.B. anlässlich der Bundespressekonferenz zur Thema Energie und Klimaschutzpolitik: https://www.youtube.com/watch?v=EoEKUON_bxU.

Auch bei der Beantwortung der von vielen Verbänden und Institutionen in der Bundesgeschäftsstelle eingereichten sogenannten Wahlprüfsteine musste Kärnerarbeit geleistet und von den Mitstreitern des BFA 10 insgesamt 61 Anträge bearbeitet werden. Zudem erfolgten Auftritte bei

Podiumsdiskussionen und Interviews sowie die Unterstützung bei der Anfertigung von Pressemitteilungen.

Somit leistete der BFA 10 seinen Teil zum hervorragenden Abschneiden unserer Partei bei den Bundestagswahlen am 24. September 2017.

Angeheizt durch die vom 6. bis 17. November 2017 in Bonn stattfindende Weltklimakonferenz steht die realistische Energie- und Klimapolitik der Alternative für Deutschland nun auch zunehmend im Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Nach Auskunft von **Burkard Reimer**, Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses 10, steht im Fokus der aktuellen Arbeit die Unterstützung der neu in den Bundestag eingezogenen AfD-Abgeordneten mit Argumentationspapieren zur Energie-, Klima- und Infrastrukturpolitik sowie beim Aufbau einer effektiven Organisationsstruktur für die fachliche Zusammenarbeit zwischen der Bundestagsfraktion und den Bundesfach- und Landesfachausschüssen.

BFA 11: Soziale Sicherungssysteme und Rente, Arbeits- und Sozialpolitik

Der BFA 11 hatte für das Bundestagswahlprogramm 2017 in den Bereichen Sozialpolitik, Soziale Arbeitswelt, Arbeitslosigkeit, Qualifikation für Langzeitarbeitslose und bei der Positionierung gegen die Manipulation der Arbeitslosenquote die inhaltliche Programmarbeit geleistet. Zur Verabschiedung auf dem Bundesparteitag in Köln wurden Textentwürfe für das Bundestagswahlprogramm entwickelt und Stellungnahmen zu Anträgen erstellt. Diese Arbeit mündete in der Erstellung des AfD-Themenflyers, der im Wahlkampf eingesetzt wurde.

Nach Auskunft von **Andreas Krausser**, Mitglied des Bundesfachausschusses 11, befasst sich der BFA 11 gegenwärtig mit der Weiterentwicklung der Programmatik auf den Gebieten der Altersversorgung, der Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung.

Der BFA 11 tagt regelmäßig im Abstand von zirka einem Vierteljahr. Die letzte Sitzung fand am 18. November 2017 in Berlin statt. Dabei wurde das Zusammenspiel des neu

entstandenen Arbeitskreises Arbeit und Soziales der Bundestagsfraktion mit dem BFA 11 erörtert.

Folgende Mitglieder des BFA 11 sind nunmehr Mandatsträger im Bundestag: **Ulrike Schielke-Ziesing** (Mecklenburg-Vorpommern), **Jörg Schneider** (Nordrhein-Westfalen) und **Uwe Witt** (Nordrhein-Westfalen). Der Bundesvorstand wird durch **Albrecht Glaser** (Hessen), ebenfalls Bundestagsabgeordneter, im BFA 11 vertreten.

Bundestags-Neuwahl? Mit ihrer Spende bereiten Sie die AfD optimal darauf vor!

Die geplante Jamaika-Koalition ist am 19. November 2017 nach wochenlangen Sondierungen krachend gescheitert, bevor die Verhandlungen richtig begonnen haben. Ein guter Tag für Deutschland, und der langersehnte Anfang vom Ende der Kanzlerschaft Angela Merkels!

Dafür ist die AfD an zentraler Stelle mit verantwortlich: Es war nämlich unser fulminanter Wahlerfolg, der den Sondierern die ganze Zeit im Nacken saß. Die CSU schaute in den Abgrund des Machtverlustes in Bayern, und auch der FDP war klar: Ein schnelles Einknicken vor Merkels links-grünem Kurs wird sie schon bald wieder dorthin führen, wo sie gerade herkommt - nämlich in die außerparlamentarische Opposition.

Jetzt sind Neuwahlen zum Deutschen Bundestag nicht mehr auszuschließen. Die AfD steht in den Umfragen derzeit bei mehr als 13 Prozent - das ist der beste Wert seit Dezember 2016. Trotz unserer steigenden Umfragewerte und der realen Chance, bei Neuwahlen mit einer noch stärkeren AfD-Fraktion in den Bundestag einzuziehen, bedeutet das für uns erst einmal eine große Herausforderung. Denn für einen erneuten Wahlkampf sind wir derzeit finanziell noch nicht wieder ausreichend gerüstet, allein schon auf Grund des eben erst erfolgreich geführten, aber sehr kostenintensiven Bundestagswahlkampfes. Um dennoch gewappnet zu sein, benötigen wir Geld.

Wir bitten Sie deshalb ebenso herzlich wie dringlich: Helfen Sie mit Ihrer bis zum Jahresende 2017 bei uns eingehenden Spende - z.B. in Höhe eines Jahresbeitrags von 120 Euro - die AfD optimal auf die etwaigen Neuwahlen vorzubereiten!

Mit Ihrer Spende tragen Sie dazu bei, dass die AfD einen eventuell sehr kurzfristig durchzuführenden Wahlkampf für die Neuwahlen zum Bundestag erfolgreich organisieren und bestehen kann sowie auch zu den in 2018 bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern handlungsfähig ist.

Des Weiteren sorgen Sie dafür, dass die AfD ihren Anspruch aus der staatlichen Teilfinanzierung besser ausschöpfen und hieraus auch Vorteile für 2019 ziehen kann: Denn dann stehen nicht nur die Europawahl, sondern weitere vier Landtags- und zehn Kommunalwahlen an.

Die Rechtslage ist etwas kompliziert, aber das Ergebnis kann so zusammengefasst werden: Die AfD hat für 2017 mittlerweile einen theoretischen Anspruch auf über zwölf Millionen Euro aus der Parteienfinanzierung. Weil wir das Geld aber nur in der Höhe bekommen, in der wir selber auch eigene Einnahmen - zum Beispiel durch Spenden oder Beiträge - erzielen, geht uns derzeit ein hoher Betrag von mehreren Millionen Euro verloren. Aber das ist noch nicht alles: Das Geld aus dem Budget der Parteienfinanzierung, das wir nicht bekommen, bekommen die

anderen Parteien! Ihre Spende hilft der AfD also kurz- und mittelfristig, und zwar wie folgt:

Sie bekommen von Ihrer Spende (z.B. 120 Euro) die Hälfte (also 60 Euro) von Ihrer Steuerlast abgezogen (gedeckt). Und da jeder Spenden-Euro für die AfD durch die staatliche Teilfinanzierung verdoppelt wird, führt eine Spende von 120 Euro beim Spender wegen der Steuererstattung real zu einer Belastung von nur 60 Euro, bei der AfD aber zu Einnahmen von letztlich 240 Euro und erhöht zugleich unseren Anspruch weiter. Bitte überweisen Sie deshalb am besten direkt an unser Spendenkonto, dessen Daten Sie nachfolgend finden:

Empfänger:

Alternative für Deutschland

IBAN: **DE94 1009 0000 2661 2620 20**

BIC: **BEVODEBB**

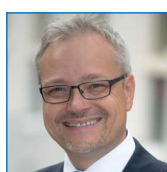
Institut: **Berliner Volksbank eG**

Zweck: **Spende 2018 + Name und Mitglieds-Nr.**
(oder vollständige Anschrift)

Alle Informationen zu dieser Spendenkampagne sind noch einmal zusammengefasst auf unserer Webseite **www.afdspenden.de**

Die AfD-Abgeordneten im Bundestag

In einem intensiven Wahlkampf erzielte die Alternative für Deutschland 12,6 Prozent der Wählerstimmen und stellt mit nunmehr 92 Abgeordneten aus 16 Bundesländern die drittstärkste Fraktion im 19. Deutschen Bundestag. Damit gibt es im Bundesparlament endlich wieder eine schlagkräftige Opposition. Als Fraktionsvorsitzende wurden Dr. Alexander Gauland und Dr. Alice Weidel gewählt. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind Tino Chrupalla, Peter Felser, Dr. Roland Hartwig und Beatrix von Storch. Zu Parlamentarischen Geschäftsführern wurden Dr. Bernd Baumann, Jürgen Braun, Dr. Michael Ependiller und Hansjörg Müller gewählt.



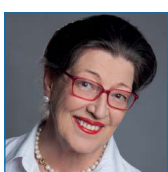
Marc Bernhard
Rechtsanwalt
Alter: 44



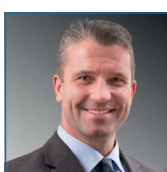
Jürgen Braun
Kommunikationsberater
Alter: 56



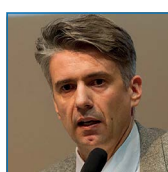
Markus Frohnmaier
Student
Alter: 26



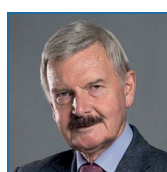
Franziska Gminder
Dipl.-Kauffrau
Alter: 72



Martin Hess
Polizeibeamter
Alter: 46



Dr. Marc Jongen
Wissenschaftl. Mitarbeiter für Philosophie
Alter: 49



Prof. Dr. Lothar Maier
Professor für Verbraucherpolitik
Alter: 73



Volker Münz
Bankangestellter
Alter: 53



Thomas Seitz
Staatsanwalt
Alter: 50



Dr.-Ing. Dirk Spaniel
Ingenieur
Alter: 45



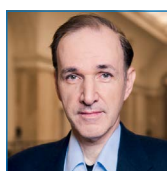
Dr. Alice Weidel
Unternehmensberaterin
Alter: 38



Prof. Dr. Axel Gehrke
Facharzt und Hochschullehrer
Alter: 75



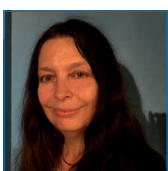
Dr. Bruno Hollnagel
Wirtschaftsingenieur
Alter: 69



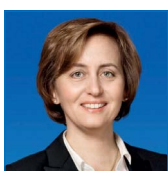
Dr. Gottfried Curio
Physiker (habil.), Diplom-Mathematiker
Alter: 57



Dr. Götz Frömming
Studiendirektor, Gymnasiallehrer
Alter: 49



Dr. Birgit Malsack-Winkemann
Richterin
Alter: 53



Beatrix von Storch
Rechtsanwältin
Alter: 46



Frank Magnitz
Immobilienkaufmann
Alter: 65



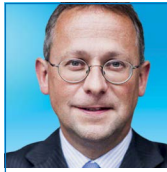
Bayern



Peter Boehringer
Kaufmann,
Buchautor
Alter: 48



Petr Bystron
Unternehmer
Alter: 44



Peter Felser
Unternehmer
Alter: 48



Martin Hebner
Informatiker
Alter: 57



Johannes Huber
Finanzbuchhalter
Alter: 30



Dr. Rainer Kraft
Chemiker
Alter: 43



Corinna Miazga
Juristin
Alter: 34



Hansjörg Müller
Dipl.-Volkswirt,
selbständiger
Interim-Manager
Alter: 49



Gerold Otten
Berufssoldat
a.D.
Alter: 62



Tobias Matthias Peterka
Wirtschaftsjurist
Alter: 35



Paul Viktor Podolay
Medizintechniker,
Publizist
Alter: 71



Stephan Protschka
geprüfter
Vermögensberater
Alter: 40



Martin Sichert
Kaufmann
Alter: 37



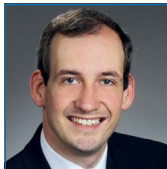
Wolfgang Wiehle
Informatiker
Alter: 53



Brandenburg



Dr. Alexander Gauland
Jurist
Alter: 76



Norbert Kleinwächter
Gymnasiallehrer
Alter: 31



Steffen Kotré
Unternehmensberater, Referent
für Wirtschaft und Energie
Alter: 46



Roman Reusch
Staatsanwalt
Alter: 63



René Springer
Politikwissenschaftler
Alter: 38



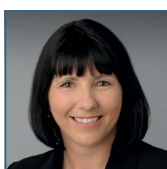
Hamburg



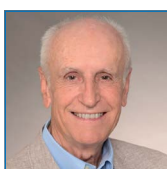
Dr. Bernd Baumann
Unternehmensberater
Alter: 59



Hessen



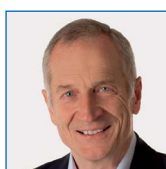
Joana Cotar
Projekt- und Social Media
Managerin
Alter: 44



Albrecht Glaser
Assessor Jur.,
Bürgermeister
a.D.
Alter: 75



Mariana Harder-Kühnel
Rechtsanwältin
Alter: 43



Martin Hohmann
Jurist
Alter: 69



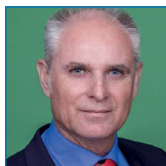
Jan Nolte
Marinesoldat
Alter: 28



Uwe Schulz
Leitender Angestellter
Alter: 55



Niedersachsen



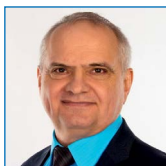
Thomas Ehrhorn
Pilot
Alter: 58



Dietmar Friedhoff
Dipl.-Ing.,
Psychologischer
Berater, Coach
Alter: 51



Armin-Paulus Hampel
Journalist
Alter: 60



Waldemar Herdt
Unternehmer
Alter: 55



Jens Kestner
Bestatter
Alter: 46



Jörn König
Unternehmer
Alter: 49



Wilhelm von Gottberg
Polizeiausbilder
Alter: 77



Nordrhein-
Westfalen



Berengar Elsner v. Gronow
Unternehmer
Alter: 39



Dr. Michael Ependiller
Wirtschafts-
mathematiker
Alter: 28



Kay Gottschalk
Versicherungs-
manager
Alter: 51



Dr. Roland Hartwig
Jurist
Alter: 63



Jochen Haug
Rechtsanwalt
Alter: 44



Udo Hemmelgarn
Immobilien-
entwickler
Alter: 58



Fabian Jacobi
Rechtsanwalt
Alter: 44



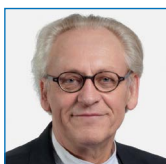
Uwe Kamann
Unternehmens-
berater
Alter: 59



Stefan Keuter
Betriebswirt
Alter: 45



Rüdiger Lucassen
Oberst a.D.
Alter: 66



Martin Renner
Unternehmens-
berater
Alter: 63



Jörg Schneider
Berufsschul-
lehrer
Alter: 53



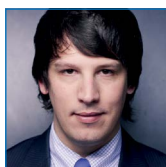
Prof. Dr. Harald Weyel
Ökonom
Alter: 58



Uwe Witt
Personalwirt
Alter: 57



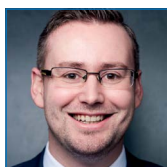
Rheinland-Pfalz



Andreas Bleck
Lehramtsstudent
Alter: 29



Nicole Höchst
Regierungsschul-
direktorin a.D.
Alter: 47



Sebastian Münzenmaier
Verkaufsleiter
Alter: 28



Dr. Heiko Wildberg
Geologe
Alter: 65



Sachsen



Tino Chrupalla
Unternehmer
Alter: 42



Siegbert F. Droese
Hotelkaufmann
Alter: 48



Verena Hartmann
Kommunikationswirtin
Alter: 43



Lars Herrmann
Polizeihauptkommissar
Alter: 40



Prof. Dr.-Ing. Heiko Hessenkemper
Professor für Glastechnik
Alter: 61



Karsten Hilse
Polizeibeamter
Alter: 53



Jens Maier
Zivilrichter
Alter: 55



Christoph Neumann
Dipl. Ing. Päd.
gepr. PR-Berater
Alter: 52



Ulrich Oehme
Versicherungsmakler
Alter: 57



Detlev Spangenberg
Steuerberater
Alter: 73



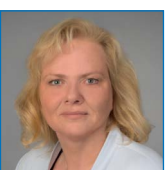
Mecklenburg
Vorpommern



Leif-Erik Holm
Volkswirt
Alter: 47



Enrico Komning
Rechtsanwalt
Alter: 49



Ulrike Schielke-Ziesing
Verwaltungswirtin
Alter: 48



Sachsen-Anhalt



Matthias Bütner
Informatiker
Alter: 27



Andreas Mrosek
Dipl.-Ing. für Schiffsführung
Alter: 59



Frank Pasemann
Unternehmer
Alter: 57



Martin Reichardt
Betriebswirt
Alter: 48



Saarland



Dr. Christian Wirth
Rechtsanwalt
Alter: 54



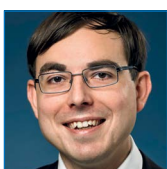
Thüringen



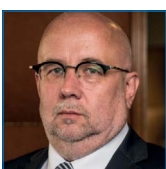
Stephan Brandner
Rechtsanwalt
Alter: 53



Marcus Bühl
Medieninformatiker
Alter: 40



Dr. Anton Friesen
Wissenschaftl. Mitarbeiter
Alter: 32



Jürgen Pohl
Rechtsanwalt
Alter: 53



Dr. med. Robby Schlund
Facharzt
Alter: 50



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

„Rückführungsabkommen mit Syrien“: AfD setzt erstes Zeichen in der Bundespolitik

Am 6. November 2017 brachte die AfD-Fraktion ihren Antrag (19/32) für ein Rückführungsabkommen mit Syrien in den Deutschen Bundestag ein. Darin wird die Bundesregierung aufgerufen, „mit der syrischen Regierung in Verhandlungen über ein Rückführungsabkommen betreffend die in Deutschland aufgenommenen schutzsuchenden Syrer“ einzutreten. Ziel ist, dass Rückkehrer in Syrien aufgenommen, in sicheren Gebieten untergebracht werden und ihre Versorgung gewährleistet wird.

Von der Rückführung betroffen sein sollen „zunächst vorrangig arbeitsfähige Männer, deren eventuell in Deutschland befindlichen Familien - falls gewünscht - bis zur Konsolidierung der Lebensverhältnisse in Syrien weiterhin Aufenthalt in Deutschland gewährt werden soll“.

Schulpflichtige syrische Kinder sollen auf ihre Rückkehr nach Syrien vorbereitet werden, indem ihnen in Deutschland syrischer Schulunterricht von Personen erteilt wer-

den soll, „die sich entweder schon in Deutschland aufhalten oder die von der syrischen Regierung nach Deutschland entsandt werden“.



Pflichtenheft für Deutschland: 15 Fragen der AfD zum Wohle unseres Landes

Deutschland braucht eine Regierung, die unser Land zukunftsfähig macht. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hatte während der sogenannten „Jamaika-Sondierungsgespräche“ einen Themenkatalog erstellt und die potentiellen Koalitionäre aufgefordert, zu folgenden Missständen und Fragen der Öffentlichkeit eine Antwort zu geben:

- **Löhne:** Die durchschnittlichen Arbeitnehmer-Reallöhne sind von 1992 bis 2012 von 19.155 auf 17.627 Euro gesunken. **Wie können wir den Wohlstand in Deutschland wiederherstellen und mehren?**

- **Renten:** Angeblich haben wir ein „Jobwunder“ mit 44 Millionen Erwerbstätigen, „so viele, wie noch niemals früher“. Tatsächlich gibt es lediglich 31,7 Millionen sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige. Allein diese tragen die Rentenlasten. 7,4 Millionen sind geringfügig Beschäftigte. 4,7 Millionen sind Selbständige, von denen die meisten nicht in der Lage sind, freiwillige Altersvorsorge zu betreiben. **Welche Abhilfe ist hier für die kommende Legislaturperiode geplant?**

- **Altersarmut:** Da Altersarmut vielen droht, haben nachhaltig handelnde Bürger fast 90 Millionen Lebensversicherungsverträge ab-

geschlossen und rund 11 Millionen Riester-Verträge. Sie erbringen hierfür rund 90 Mrd. Euro jährlich an Sparprämien. Alle diese Anstrengungen werden jedoch durch die illegale Niedrig- und Negativzinspolitik der EZB konterkariert. **Wann beabsichtigt die deutsche Politik, diesem Irrsinn ein Ende zu bereiten und wie?**

- **Migration:** Das durch die Bundeskanzlerin angerichtete Migrationschaos wird jährlich hohe zweistellige Milliardenbeträge kosten. **Wie und durch wen soll dieses Geld aufgebracht werden und welche gesamtstaatlichen Aufgaben werden dadurch vernachlässigt?**

- **Integration:** Da etwa 75 % der Migranten keine Berufsausbildung haben und über die Hälfte keine Schulausbildung, werden die meisten Migranten, sofern sie im Lande bleiben, erst nach vielen Jahren oder nie in das Erwerbsleben eingegliedert werden können. Renommierter Finanzwissenschaftler haben hierzu eine finanzielle Folgelast von derzeit ca. 1 Billion Euro errechnet. **Wie soll diese Last finanziert werden und welche Folgen hat dies für die Finanzierung originärer staatlicher Aufgaben in Deutschland?**
- **Obergrenze:** Da die Bundeskanzlerin, die FDP und die Grünen in ihren Wahlprogrammen ausgesagt haben, dass es auch für die Zukunft keine „Obergrenzen“ für Migration nach Deutschland geben solle, steht die Frage im Raum: **Welche zusätzlichen finanzwirtschaftlichen Folgen wird dies für unser aller persönliches Schicksal und den Fortbestand der Bundesrepublik Deutschland haben?**
- **Demographie:** Die demographische Entwicklung in Deutschland ist dadurch geprägt, dass jährlich erheblich mehr Deutsche sterben als geboren werden. **Welche Maßnahmen werden gegen diese Entwicklung, die den sozialen Frieden und letztlich den Bestand der Nation bedroht, ergriffen werden?**
- **EURO:** Durch die seit Jahren betriebene Währungspolitik der künstlich niedrig gehaltenen Zinsen spart der Bund Schuldzinsen in Milliardenhöhe. **Wie hoch ist die jährliche Ersparnis durch diese manipulative Politik und welche Auswirkung hätte eine Zinsbelastung bei einer üblichen Verzinsung von Staatsschulden auf den Bundeshaushalt?**

- **Kaufkraft:** Der reale jährliche Verlust an Kaufkraft der Einkommen breiter Schichten der Bevölkerung hängt auch mit dem Effekt der heimlichen Steuerhöhung zusammen, der durch die jahrelange nominale Festschreibung der Tabellenbeträge bei der Einkommenssteuer entsteht („kalte Progression“). **Gedenken die Koalitionäre hier Abhilfe zu schaffen und wenn ja, wann?**
- **Solidaritätszuschlag:** Die Bürger werden durch den mittlerweile zweckentfremdeten Solidaritätszuschlag übergebührlich belastet. **Wann und wie gedenken die Koalitionäre der kommenden Legislaturperiode diese Sonderbelastung zu beseitigen?**
- **Strompreise:** Deutschland hat europaweit die höchsten Energiepreise. Hunderttausende können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Viele deutsche Betriebe werden durch diese Kosten in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, Arbeitsplätze werden gefährdet. **Was gedenkt die sich anbahnende Koalition dagegen zu unternehmen, zumal diese Entwicklung allein auf staatlichen Entscheidungen beruht?**
- **Schulden:** Die Verschuldung der Euro-Länder, die bereits die Weltwirtschaftskrise 2008 maßgeblich mitverursacht hat, steigt unablässig weiter, völlig losgelöst von den EU-vertragsrechtlichen Vorgaben. **Was gedenkt die zukünftige Koalition dagegen zu unternehmen?**
- **Haftungsrisiken:** Durch gemeinschaftlichen Vertragsbruch der Euro-Staaten, die immense Verschuldung Einzelner bei der Deutschen Bundesbank (über die Target-Konten) und das vertragswidrige Verhalten der EZB sind bis heute Haftungsrisiken für Deutschland für

die Schulden anderer Staaten entstanden in Höhe von ca. 1,5 Billionen Euro. **Wie stellt sich die künftige Koalition vor, mit diesem Problem umzugehen, insbesondere mit der Bewältigung von Krisen im Fall einer tatsächlich eintretenden Haftung für ausländische Schulden?**

- **Kriminelle Migranten:** Die kriminelle Auffälligkeit der Angehörigen der meisten Nationalitäten der Migranten beträgt ein Vielfaches im Vergleich zur deutschen Bevölkerung. Polizei, Justiz und Strafvollzug befinden sich seit geraumer Zeit im Ausnahmezustand. **Wie stellen sich die Koalitionäre eine Abhilfe vor und welche Kosten werden sich daraus ergeben?**
- **Islam:** Der Zusammenhang zwischen der Zahl und der Art krimineller Handlungen (etwa „Ehrenmorden“) und terroristischer Anschläge einerseits und Wertvorstellungen, die ihre Wurzeln in radikalen religiösen Überzeugungen haben, andererseits ist offenkundig. **Wie gedenken die Koalitionäre mit dem Thema der weltanschaulich bzw. religiös konditionierten Kriminalität und terroristischen Aktivitäten umzugehen und die Bevölkerung wirkungsvoll davor zu schützen?**

Drei Tage nach Veröffentlichung dieses AfD-Themen-Fragen-Katalogs wurden die „Jamaika“-Sondierungsgespräche abgebrochen. „Ein guter Tag für Deutschland“, sagt Bundessprecher **Jörg Meuthen**.

AfD-Konzept ‚Fit4Return‘ besser als Inklusion

Der IQB-Studie zufolge belegt Baden-Württemberg den vorletzten Platz im Ländervergleich der Leistung von Grundschulern. Verantwortlich dafür sind rotgrüne Bildungsexperimente vom Fremdsprachenunterricht ab der ersten Klasse und Smartphone-Einsatz, ständiger Umgestaltung der Lehrerausbildung und immer neue Bildungspläne bis hin zur Inklusion von lernbehinderten Schülern und Flüchtlingskindern, die kein Wort Deutsch sprechen, so **Dr. Rainer Balzer**, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion.

Die zwanghaft forcierte Integration könne zudem nur bei kleinen Klassenverbänden und mehr Lehrpersonal gelingen und widerspreche

der Gesetzgebung, wonach Kinder nach Befriedung ihrer Heimatländer dorthin zurückkehren müssen, ergänzt **Emil Sänze**. Kriegsflüchtlinge sollten deshalb neben ihrer Bildung ihre Muttersprachkenntnisse verbessern.

Mehr Erfolg als die Inklusion verspricht das ‚Fit4Return‘-Konzept der AfD-Fraktion. Das Programm sieht vor, dass Kinder von Flüchtlingsfamilien in eigenen Klassen in der Sprache des Herkunftslandes unterrichtet werden. Als Lehrer könnten Flüchtlinge fungieren, die bereits als Lehrer aktiv waren. So würden auch die Lehrer an deutschen Schulen entlastet, die wieder in homogenen Klassen unterrichten könnten.



Fit4Return



Ungerechte Energiewende führt zu immer mehr Stromabschaltungen

Infolge der ideologisch motivierten Energiewende haben sich die Strompreise in Deutschland seit 2000 verdoppelt. Wer nicht zahlen kann, dem wird der Strom abgestellt. Die Zahl der Haushalte ohne Strom ist im vergangenen Jahr drastisch gestiegen.

Hans-Peter Stauch von der AfD-Fraktion Baden-Württemberg fordert ein Ende dieser asozialen Politik: „Es ist ein Skandal, dass sich immer mehr Menschen in Baden-Württemberg kein zivilisiertes Leben mehr leisten können. Die ökonomisch Schwächsten stehen vor der Alternative: Essen oder Heizen und die Konzerne kassieren Vergünstigungen!“

Stauch fordert, endlich Artikel 3 Abs. 7 der EU-Richtlinie 2009/72/EG von 2009 umzusetzen, der zufolge die Mitgliedsstaaten Maßnahmen



ergreifen sollen, damit Endkunden vor Stromabschaltungen geschützt sind.

An der auf Rekordniveau gestiegenen Zahl der Stromsperren zeige sich, dass Deutschland eben nicht das reiche Land sei wie in den Politiker-Sonntagsreden gern dargestellt werde. Es sei unverantwortlich,

ständig neue Kosten für Menschen und Probleme anderer Staaten zu übernehmen, während die Grundversorgung der eigenen Bürger nicht gewährleistet werden könne. Um Braunkohle-Kraftwerke vom Netz zu nehmen, wurden von der Bundesregierung Milliardenbeträge an Konzerne geschenkt, die Bürger aber gnadenlos zur Kasse gebeten.

Existenzsorgen deutscher Landwirte sollten in der Bundespolitik mehr berücksichtigt werden

Die Jamaika-Vereinbarungen von Union, FDP und Grünen zur Agrarpolitik stellen die Existenzsorgen der deutschen Landwirte zu wenig in den Mittelpunkt. Das kritisiert der bayerische Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion **Peter Felser**.

„Statt ideologielastig über klimaneutrale Landwirtschaft, Düngvorschriften und Ökowende zu diskutieren, sollten vor allem die Grünen sich Gedanken zur Existenzsicherung der 275.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland machen“, sagte Felser. Seit 2010 sei deren Zahl um fast zehn Prozent geschrumpft. Die überwiegend als Familienbetrieb geführten Höfe bräuchten faire Preise für ihre Lebensmittel, Hilfen bei der Modernisierung und eine wirtschaftlich tragfähige Perspektive.

Vom Strukturwandel und Preisverfall, wie bei Milch, sei vor allem Bayern betroffen, weil dort ein Drittel aller Landwirtschaftsbetriebe angesiedelt ist, betonte der AfD-Abgeordnete aus dem Oberallgäu. Familienbetriebe sollten vor dem anhaltenden Konzentrationsprozess zu Großbetrieben geschützt werden, ist Felser überzeugt: „Moderne bäuerliche Betriebe, die in der Region verwurzelt

sind, können am besten umwelt- und marktgerecht produzieren“.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium sieht Felser bei CSU-Minister Christian Schmidt nicht in guten Händen. „Offenbar klammert sich die CSU nur daran, um bei der Landtagswahl 2018 im ländlichen Raum nicht noch mehr Wähler an die AfD zu verlieren“.



Glyphosat-Gutachten des BfR grenzt an Lobbyismus

In Medien wurde der Glyphosat-Skandal um das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) thematisiert, das in seinem Gutachten zur Zulassungsverlängerung des millionenschweren Breitbandherbizids in weiten Teilen die Angaben des Herstellers übernommen hatte.

„Es ist ein Skandal, wenn ein staatliches Prüfinstitut die Unbedenklichkeitshinweise des Herstellers wortgleich übernimmt“, kritisiert **Werner Meier**, stellvertretender Vorsitzender der AfD Bayern und Vorsitzender des AfD-Bundesfachausschuss Demokratie und Grundwerte: „Das Problem liegt in dem unverfrorenen Lobbyismus, der hier zutage tritt.“



Angesichts eines kritischen Gutachtens der Weltgesundheitsorganisation WHO und den Krebs-Warnhinweisen auf den Glyphosat-Produkten in Kalifornien wäre eine echte Prüfung angesagt gewesen. „Mit Glyphosat macht Monsanto einen Umsatz von etwa fünf Milliarden Euro. Die löchrigen und unzureichenden Lobbyistengesetze in Deutschland und der EU sind Einfallstor für Bestechung und Korruption. Eine Untersuchung der Vorgänge im BfR wäre hier konkret erforderlich.“ Generell fordert die AfD ein Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen, das vorbildlichen Regelungen anderer Demokratien standhält.“

Berlins Polizei braucht einen glaubwürdigen Neuanfang!



Nach Bekanntwerden der ethnischen Konflikte an der Berliner Landes-Polizeischule und der Unterwanderung des Landeskriminalamtes durch Kriminelle mit Migrationshintergrund fordert AfD-Fraktionschef **Georg Pazderski** einen harten Schnitt in der Personalpolitik: „Die Vorwürfe

müssen aufgeklärt und eine Sonderermittlungsgruppe aufgestellt und konsequente Lösungen vorangebracht werden. Verdächtige sollten vom Dienst oder Ausbildung beurlaubt werden.“

Mittelfristig dürfe der Anteil der Polizisten mit Migrationshintergrund 20 Prozent nicht übersteigen. Sonst drohe in Berlin ein kompletter Vertrauensverlust in die Staatsgewalt. Grundvoraussetzungen für den Beginn einer Polizeiausbildung müssten wieder die deutsche Staatsbürgerschaft und ein Bekenntnis zum Grundgesetz sein, wobei auch die

fehlerfreie Beherrschung der deutschen Sprache unabdingbar sei.

Die Personalpolitik sei dahingehend zu ändern, dass wieder auf Qualifikation, faire Entlohnung und politische Rückendeckung für die Beamten im Einsatz gesetzt werde. Nur so werde sichergestellt, dass sich künftig geeignete Bewerber für den Polizeidienst finden.

Ob ein glaubwürdiger Neuanfang der Berliner Polizei mit dem rotrot-grünen Senat möglich werde, ist nach Einschätzung von Georg Pazderski allerdings fragwürdig.

Berlin braucht mehr Staatsanwälte und Richter!



Nach Einschätzung von Berliner Richtern und Staatsanwälten, ist in der Stadt kein funktionierendes Rechtssystem mehr vorhanden, Straftaten können teilweise nicht mehr geahndet werden. Dies kommentiert der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, **Marc Vallendar**: „Ursache ist die falsche Schwerpunktsetzung des Senats. Gelder für Antidiskriminierungsprogramme oder Unisextoiletten sind vorhanden, aber im Justizbereich wird nur der Bestand verwaltet. Und das, obwohl z.B. die Zahl der Asylverfahren dramatisch angestiegen ist und im Drogenmilieu Recht und Gesetz nicht mehr durchgesetzt werden können. Die rotrotgrüne Politik trägt auch eine Mitverantwortung für die Verwahrlosung der Stadt. Statt der Förderung von Gaga-Themen sollte die Konzentration auf die ernststen Herausforderungen erfolgen, indem neue Planstellen für Staatsanwälte und Richter geschaffen werden.“

Das Berliner Kongresszentrum sollte wiederbelebt werden

In Berlin kommt in regelmäßigen Abständen immer wieder die Forderung auf, das ICC Internationales Congress Centrum abzureißen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, **Christian Buchholz**, erteilt derartigen Überlegungen eine klare Absage: „Das ICC ist eines der meistprämiierten Kongresszentren der Welt. Es nach nur 35 Jahren Nutzung abzureißen, wäre ein Stück aus dem Tollhaus. Stattdessen sollte es endlich modernisiert werden. Der rotrotgrüne Senat blockiert sich selber, weil sich die Koalitionsgegner nicht einig werden können beim Thema ICC – wie auch bei vielen anderen Bereichen, die für die Zukunft Berlins elementar wichtig sind. Wenn SPD, Linke und Grüne sich nicht endlich zum Regieren durchringen können, sollten sie Platz für Neuwahlen machen.“



Absage der Kreisgebietsreform zeigt Unfähigkeit der SPD-Landesregierung



Zum Aus der von der AfD-Fraktion im Landtag von Brandenburg von Beginn an abgelehnten Kreisgebietsreform erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende **Andreas Kalbitz**: „Die Abkehr von der angeblich alternativlosen Kreisgebietsreform ist ein großer Erfolg für den Erhalt von Heimat und regionaler Identität, aber auch für die demokratische Mitbestimmung. Die Entscheidung des vor sich hin dilettierenden Ministerpräsidenten Dietmar Woidke und seiner rot-roten Regierung ist fraglos auch ein Erfolg der AfD, die

die Reform von Anfang an aus guten Gründen abgelehnt hat. Dass Woidkes Kurswechsel vor allem auch eine panische Reaktion auf das Ergebnis der Bundestagswahl ist, als die SPD in Brandenburg mit einem desaströsen Ergebnis hinter der AfD landete, ist offenkundig. Die AfD hat sich mit ihrer sachorientierten Oppositionsarbeit als demokratisches Korrektiv bewährt und dazu beigetragen, dem Bürgerwillen und Einwendungen vieler kommunaler Funktionsträger Geltung zu verschaffen.“

Der kommunalpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, **Steffen Königer**, ergänzt: „Diese jahrelange Hängepartie hätte viel früher beendet werden können. Die Landkreise in Brandenburg sind auch im Vergleich zu anderen Bundesländern bereits groß genug. Woidke hatte bereits vor einigen Wochen für den Fall, dass er für die Kreisgebietsreform keine Mehrheit im Landtag erhalten sollte, mit Rücktritt gedroht. Die logische Konsequenz aus dieser Ankündigung lautet, dass dieser Rücktritt nun fällig ist.“

Brandenburger Verwaltungsgerichte überlastet – CDU springt auf AfD-Zug auf

Die AfD sieht sich in der Diskussion um die Überlastung der Verwaltungsgerichte bestätigt. Nachdem die AfD-Fraktion im brandenburgischen Landtag in der Vergangenheit wiederholt personelle Nachbesserungen forderte, beklagt nun auch die CDU die explodierende Zahl der Verfahrenseingänge und den mangelhaften Personalbestand.

Im Gespräch mit dem rechtspolitischen Sprecher der AfD-Fraktion **Thomas Jung** sagte dazu der stellvertretende Vorsitzende des Hauptpersonalrats des Justizministeriums, Marc Gernert: „Altersabgänge bei Richtern und Staatsanwälten erreichen ein gefährliches Niveau. Rechtspfleger haben wir viel zu

wenig. Von 20 Fachangestellten kommen nach der Ausbildung nur sechs bei uns an. Gleichzeitig wird immer noch von Ministeriumsseite bei 150 Stellen mit einem KW-Vermerk („künftig wegfallend“) gearbeitet. Das ist unerträglich.“



Zu den Asylklagen sagte Gernert: „Im Zuge der Einwanderungswelle sind 1,8 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen. Angesichts

dieser Tatsache muss der Staat dafür sorgen, dass wir diese Situation auch meistern können. Doch uns fehlt das Personal an allen Ecken und Enden.“

Thomas Jung ergänzt: „Seit Monaten warnt die AfD-Fraktion vor der Asylklagewelle und musste sich von der CDU und der rot-roten Landesregierung dafür belächeln lassen. Jetzt springt die CDU auf den AfD-Zug auf. Nun droht die Asyl-Klagewelle die Verwaltungsgerichte zu überschwemmen, wie jeder vernünftige Mensch vorhersehen konnte. Diese Ignoranz kommt uns teuer zu stehen und hat einen Namen: die rot-rote Justizpolitik. Leidtragende sind die Gerichte, deren Bedienstete und der Vollzug.“

Gewinnt Bertelsmann den Nobelpreis für die Erfindung der Kinderarmut?

*In regelmäßigem Abstand werden Studien zur gesellschaftlich-sozialen Lage der Nation herausgegeben. Als einer der tonangebenden Spieler hat die Bertelsmann Stiftung sich zur Aufgabe gemacht, „Reformprozesse“ in Deutschland zu fördern, um eine „zukunftsfähige Gesellschaft“ aufzubauen und versucht auf diese Weise Einfluss auf die Politik in diesem Lande zu nehmen. **Thomas Jürge-witz**, stellvertretender Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Bremen, hat sich dazu ein paar Gedanken gemacht.*

KINDERARMUT – welch grauenhaftes Schlagwort! Aber sind unsere Kinder arm? Nein, unsere Kinder von heute sind nicht ärmer als vor 10 oder 30 Jahren, denn heute ist die Arbeitslosigkeit von deutschen Vätern und Müttern geringer als vor 10 Jahren oder in der Wendezeit. Weder damals noch heute musste ein Kind hungern oder leiden.

Wer sind also die armen Kinder, von denen die Medien und Gutmenschenpolitiker reden? Damit meinen diese Gruppen die Kinder von sogenannten Flüchtlingen, die sie für ihre Sache, für ihre Politik benötigen, benennen dies aber bewusst nicht beim Namen. In den Debatten über Kinderarmut wird die Realität verbogen! Es bleibt meist bei der Feststellung, dass jedes fünfte Kind in Deutschland einem Haushalt mit relativ niedrigem Nettoeinkommen aufwache: Wer eine Studie mit dieser Botschaft auf den Markt wirft, kann sich als Urheber einer Empörungswelle feiern. Die Bertelsmann-Stiftung hat es im November 2017 wieder geschafft und wird wie immer von bestimmten Medien und Lobbygruppen im wahrsten Sinne gefeiert, denn jede Bertelsmann-Studie schreit nach neuem Geld für die Sozialindustrie.

Wäre es nicht an der Zeit, daran etwas zu ändern, wenn man Armutsrisiken bekämpfen will? Tatsächlich führen einschlägige Akteure aus Sozialverbänden und Sozialpolitik ihre Armutsdebatten geradezu mutwillig an wichtigen Themen vorbei. Sie vermarkten mit den Empörungswellen ihre Forderungskataloge, an deren oberster Stelle Integrationskurse, höhere Asylleistungen, Hartz-IV-Sätze und überhaupt mehr Geld für ihre seit 2015 meist ausländischen Klienten stehen – als ob das der Schlüssel wäre, um die betreffenden Familien so zu integrieren, auf dass sie ihren Kindern ein Vorbild sind.

Wie schief die Debatte läuft, wird seit der neuen merkelschen Völkerwanderung überdeutlich: Eigentlich geht das Armutsrisiko für Kinder hierzulande dank der guten Wirtschaftslage zurück. Ein Anstieg ist nur deshalb zu verzeichnen, weil in die Statistik nun hunderttausende Neuankömmlinge mit ihren Kindern eingehen, die vom Sozialstaat leben, Tendenz durch den Familiennachzug stark steigend. Das verschweigen die Sozialverbände und linken Medien, weil es nicht zu ihrer politischen Agenda und ihrem Geschäftsmodell passt.

Erfolgreiche Armutsbekämpfung erfordert vor allem, dass dieser Personenkreis – also auch die Profiteure der Sozialindustrie – nicht auf Dauer vom Sozialstaat lebt.

„Wer so tut, als würden derzeit reihenweise Familien ins Elend stürzen, instrumentalisiert sogenannte Flüchtlingskinder für politische Lobbyinteressen und verhindert eine zielgerichtete Sozialpolitik, gerade auch für deutsche Kinder.“



Eigentlich sollte es einen Konsens darüber geben, dass das unanständig ist. Und wer spricht hier noch von den deutschen Kindern? Keiner – außer der Alternative für Deutschland!

Die Schulen und Kitas verfallen, weil bisher dafür kein Geld da war. Die linken Politiker glaubten und hofften ja, das deutsche Volk löst sich demografisch auf, was braucht es da neue, oder zumindest reparierte Schulen und Kitas! Wir waren arm an Kindern, das war unsere Kinderarmut!

Nun ist Geld in zweifacher Milliardenhöhe plötzlich vorhanden, es fällt wohl Dank Allah vom Himmel, weil hunderttausende ausländische Kinder beschult werden müssen. Es werden neue Schulen, Kitas und Krippen gebaut, allenthalben wird „Teilhabe“, natürlich kostenfrei für Ausländer, an allem gefordert, wofür der deutsche Steuerzahler arbeiten und der deutsche „Normalbürger“ bezahlen muss, wenn er diese Leistungen in Anspruch nimmt. Dafür gibt es aber jetzt deutlich weniger Lehrer und Erzieher für „unsere“ Kinder, Schulausfall tagtäglich in Bremerhaven, weil die Sozialpädagogen für alle möglichen Unterrichtungen im Rahmen der Willkommenskultur für „Völkerwanderer“ benötigt werden, also sind „unsere“ Kinder doch arm, an Lehrern und an vermitteltem Wissen! Arme Kinder!

„Fraktion im Dialog“ AfD-Veranstaltungsreihe ist über die Grenzen Hamburgs bekannt

„Fraktion im Dialog“ heißt die Veranstaltungsreihe der AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft. In der Regel einmal im Monat lädt die Fraktion zu einer politischen Diskussionsveranstaltung ein. Informationen gibt es aus erster Hand. Regelmäßig füllen sich die Räume, beispielsweise der Große Festsaal, mit 720 Quadratmetern und 540 Sitzplätzen der

größte Saal im Rathaus, mit Anhängern, aber selbstverständlich auch mit Kritikern, denn bei der AfD-Fraktion kommt jeder zu Wort.

Der frühere tschechische Präsident Václav Klaus war ebenso zu Gast wie der Herausgeber der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Dieter Stein. Ebenso folgten der Hamburger Verfas-

sungsschutzchef Torsten Voß und der Pressechef der Hamburger Polizei Timo Zill der Einladung der AfD-Fraktion. Aber auch bekannte AfD-Politiker wie **Dr. Alexander Gauland**, **Dr. Alice Weidel** und **Prof. Dr. Jörg Meuthen** traten in diesem Rahmen auf.

Dr. Alexander Wolf von der AfD-Fraktion sagt: „Fraktion im Dialog ist über Hamburgs Grenzen bei Freunden wie Gegnern bekannt. Wir sind sehr froh darüber, dass die AfD-Fraktion die Rathaussäle nutzen kann. Denn außerhalb des Rathauses wird es immer schwieriger, Räumlichkeiten zu bekommen, da Vermieter oft von der Antifa massiv bedroht und auch angegriffen werden.“



Altparteien sollten sich die Schüler nicht zur Beute machen

In der jüngsten Vergangenheit gab es zahlreiche Verstöße gegen das Gebot der politischen Neutralität an Schulen und in Diensträumen der Hamburger Schulbehörde. Insbesondere gegen die AfD wurde pauschal und einseitig gehetzt. Dies wurde in mehreren Kleinen Anfragen thematisiert (Drucksachen: 6316, 6512, 6832, 7312, 7502, 7935). Eine Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerde ist eingereicht.

In ihrer Beschwerde beruft sich die AfD auf die Geschäftsordnungsbestimmung Nr. 14 der Behörde für Schulung und Berufsbildung, wonach in Diensträumen weder für politische Parteien und Organisationen noch für politische Vereinigungen und Verbände durch Wort, Schrift, Film- oder Tonveranstal-

tungen geworben werden darf. In ihrem Antrag fordert die AfD-Fraktion eine klarstellende Ergänzung der Geschäftsordnungsbestimmung, damit – auch für die Mitarbeiter der Schulbehörde – eindeutiger als bisher klargestellt ist, dass weder für noch gegen politische Parteien und Organisationen geworben werden darf (Drucksache 21/10702).

Dazu erklärt der Vorsitzende der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, **Dr. Alexander Wolf**: „Die Verpflichtung zur politischen Neutralität in der schulischen Erziehung gehört zu den wesentlichen Grundprinzipien unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Der Versuch, mit den Einflussmöglichkeiten einer staatlichen Bildungsinstitution die AfD



oder eine andere Partei zu diskreditieren, ist auf das Schärfste zu verurteilen. Öffentliche Schulen dürfen nicht zur Beute von Altparteien werden. Schulkinder dürfen unter keinen Umständen politisch missbraucht und indoktriniert werden.“

AfD-Landesverband wählte neue Delegierte für den Bundesparteitag

Die hessische AfD blickt zufrieden auf einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf im vergangenen September zurück: 11,9 Prozent der Wählerstimmen bedeuten eine Verdopplung des Ergebnisses bei der Bundestagswahl 2013, als die AfD in Hessen auf 5,6 Prozent der Wählerstimmen gekommen war. Der Stimmen- und Vertrauenszuwachs von 6,3 Prozent in nur vier Jahren zeigt, dass die Positionen der Alternative für Deutschland von immer mehr Bürgern in Hessen geteilt werden. Sie ist auch eine Bestätigung der guten Arbeit, die von den AfD-Mandatsträgern auf kommunaler Ebene geleistet wird.

Nach den Bundestagswahlen widmete sich der hessische Landesverband Anfang November weiteren dringlichen Aufgaben. So war z.B. nach Ablauf der zweijährigen Amtszeit der hessischen Bundesdelegierten die Neuwahl für den kommenden Bundesparteitag fällig. Die Neuwahl der Bundesdelegierten war notwendig geworden, nachdem die in Hessen im April 2015 gewählten Bundesdelegierten de jure nach § 12 (3) PartG nicht mehr im Amt wa-

ren, weil deren Amtszeit auf höchstens zwei Jahre beschränkt ist.

Beim hessischen Delegiertenparteitag in Gießen-Wieseck hatten sich am 11. und 12. November 2017 insgesamt 170 Mitglieder um 51 Plätze als Bundesdelegierte beworben. Obwohl elektronische Abstimmgeräte benutzt wurden, verschlangen die Wahlen der Bundesdelegierten mit insgesamt 16 Stichwahlen sowie die Wahl weiterer 15 Ersatzdelegierter – inklusive des Berichtes durch den Landesvorstand und des Landesschatzmeisters für das Geschäftsjahr 2015 – zwei volle Tage, so dass für die ebenfalls an diesem Wochenende vorgesehene Neuwahl des Landesvorstandes nicht mehr ausreichend Zeit zur Verfügung stand.

Die ersten sechs hessischen Bundesdelegiertenplätze belegten in folgender Reihung: 1. Albrecht Glaser (mit 75 Prozent der Stimmen gewählt), 2. Renate Glaser (beide Niedenstein), 3. Martin Hohmann (Neu-



hof), 4. Mariana Harder-Kühnel (Gelnhausen), 5. Joana Cotar (Langgöns) und 6. Uwe Schulz (Pohlheim).

Die Neuwahlen des hessischen Landesvorstandes sind bei einem weiteren Landesparteitag am 16. und 17. Dezember in Gießen-Allendorf vorgesehen. Stand Mitte November 2017 stellen sich die seit Mai 2015 amtierenden Landessprecher Albrecht Glaser (Niedenstein), Peter Münch (Bad Homburg) und Rolf Kahnt (Bensheim) nicht mehr zur Wiederwahl. Damit steht im Dezember ein Führungswechsel im hessischen Landesvorstand an.

Rolf Kahnt
Landessprecher der AfD Hessen

Hessische Kommunen werden bei Integration von Zuwanderern im Stich gelassen

Im Mai 2017 hatte die AfD-Fraktion im Kreistag von Groß-Gerau einen Antrag eingebracht, wonach der Familiennachzug über März 2018 hinaus verhindert werden sollte. Dies war vom stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden in Hessen und Präsidenten des Hessischen Städtetages, Patrick Burghardt, vehement abgelehnt worden.

Fünf Monate später schlugen die hessischen Kommunen Alarm. Sie fühlen sich bei der Integration von Zuwanderern von Bund und Land unzureichend unterstützt, so die FAZ vom 5. Oktober 2017. Die schwarz-grüne Landesregierung habe kein schlüssiges Einwanderungs- und Flüchtlingskonzept, wird der hessische Städte- und Ge-

meindebund zitiert. Durch die Unterbringung von Neuankömmlingen habe sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt verschärft, der anstehende Familiennachzug solle für zusätzliche Herausforderungen.

Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Caffier weiterhin ohne Konzept zur Terrorbekämpfung

Nach dem Bericht des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern am 2. November 2017 über die Festnahme des Terrorverdächtigen Yamen A. fordert die AfD-Fraktion die Einrichtung einer Kommission ‚Terrorismusbekämpfung‘. Darin sollten neben der Landesregierung auch Experten und Vertreter der Opposition vertreten sein, um gemeinsam Konzepte zur Prävention und Bekämpfung des Terrorismus zu erarbeiten.

„Der Bericht zeigt die Konzeptionslosigkeit der Landesregierung bei der Terrorismusbekämpfung“, sagt **Nikolaus Kramer**, Vorsitzender der AfD-Fraktion. Yamen A. wohnte in Schwerin als ein unauffälliger Flüchtling, habe Integrationsangebo-

te genutzt und Deutschkurse besucht. In Wahrheit habe er die Hilfe lediglich ausgenutzt, um seine schreckliche Tat vorzubereiten. Der Innenminister wiederum musste eingestehen, keine Erkenntnisse zum Prozess der Selbstradikalisierung von Yamen A. vorliegen zu haben.

„An diesem Beispiel sehen wir die Hilflosigkeit der etablierten Migrationspolitik“, so das Fazit von Nikolaus Kramer. Um das zu ändern, schlägt die AfD-Fraktion die Einrichtung der ‚Terrorismusbekämpfung‘-Kommission vor. Außerdem sieht sie sich in ihrer Forderung nach einer wirksamen Grenzsicherung bestätigt und erinnert daran, dass die Grenzöffnung 2015 ein kardinaler Fehler war.



Entsprechend sollte der Innenminister sich für einen effektiven Grenzschutz in Deutschland und Europa einsetzen und die Möglichkeiten für eine bessere Kommunikationsüberwachung ausloten. „Die präventive Aufklärung über die tatsächliche Gefährderlage im Land hat höchste Priorität“, sagt Nikolaus Kramer.

Statt Arbeitslosenzahlen zu feiern, sollte man Langzeitarbeitslosen Perspektiven bieten

Die Landesregierung in Schwerin freut sich über die leicht gesunkene Zahl an Arbeitslosen, die Ende 2017 in Mecklenburg-Vorpommern bei 7,7 Prozent liegen soll. „Diese Zahl verschleiern die Realität“, sagt **Thomas de Jesus Fernandes**, wirtschaftspolitischer Spre-

cher der AfD-Fraktion und weist auf die Fakten hin: „7,7 Prozent wären ein Grund zur Freude, wenn es den denn gäbe. Arbeitnehmer ab 58, die über ein Jahr arbeitslos sind, werden nicht mitgezählt. 1-Euro-Jobber auch nicht. In der Statistik unberücksichtigt sind zudem arbeitsunfähig

Erkrankte und die Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen und Integrationskursen sowie Ausländer, die nicht als arbeitslos erfasst werden, weil sie in Deutschland nicht arbeiten dürfen. Die wirkliche Arbeitslosenquote dürfte deutlich über 10 Prozent liegen“, ist sich de Jesus Fernandes sicher.

Als weiteres Problem sieht er die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen. Denen könne nur geholfen werden, indem ihnen neue Perspektiven aufgezeigt und angeboten werden: „Sich auf Statistiken zu berufen und eine positive Entwicklung zu bejubeln, ist nur eine Seite der Medaille. Denen helfen, die langsam die Kraft verlieren, wieder im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen – das ist die Aufgabe der Politik.“



AfD Fraktion im Landtag von Niedersachsen nimmt Arbeit auf



Am 17.10.2107 haben die Abgeordneten der AfD im Niedersächsischen Landtag sich als Fraktion konstituiert. In einer intensiven Arbeitssitzung gab sich die Fraktion ihre Geschäftsordnung und besetzte durch Wahl ihren Vorstand. Die Spitzenkandidatin **Dana Guth** wurde auch zur Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Position des stellvertretenden Vorsitzenden wurde mit **Stefan Henze** besetzt. **Peer Lilienthal** wurde als Finanzvorstand eingesetzt. **Klaus Wichmann** wurde zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt.

Ein Staat, der sich Gewaltakten beugt, verliert seine Legitimität

„Es ist was faul im Staate Deutschland“ kann man nur noch sagen, wenn man sich die Ereignisse Anfang November 2017 in Niedersachsen vor Augen führt. Da gibt es – seit Februar dieses Jahres – den sechsten Anschlag auf das Wohnhaus des AfD-Fraktionsvorsitzenden in Gifhorn, ohne dass die Staatsgewalt diesem Terror ein Ende setzen bzw. ihn verhindern konnte. Im gleichen Monat entschied das Amtsgericht Göttingen, dass dem Landesvorsitzenden der Jungen Alternative Niedersachsen die Wohnung deshalb gekündigt werden darf, weil das Mietshaus, in dem er wohnt, aufgrund seiner Tätigkeit in der AfD beschmiert worden ist und er seine Mitgliedschaft in der AfD bei Einzug in die Wohnung dem Vermieter hätte mitteilen müssen!

Fälle wie diese zeigen, wie desaströs die Sicherheitslage in Deutschland im Jahr 2017 ist. Wenn jemand zum wiederholten Mal in seiner Wohnung wie auch immer „heimgesucht“ wird und die Staatsgewalt quasi tatenlos darüber hinwegzusehen scheint, stimmt etwas nicht in

diesem Land. Wenn das Ganze geschieht, weil jemand Mitglied in einer demokratisch legitimierten Partei ist, die in 14 Landesparlamente gewählt wurde, bei der Bundestagswahl 2017 in Sachsen mit 27 Prozent die meisten Wählerstimmen erhalten hatte und bundesweit mit 12,6 Prozent und 92 Abgeordneten als drittstärkste Partei in den 19. Deutschen Bundestag eingezogen ist, dann sollten bei allen Demokraten die Alarmglocken schrillen.

Man muss sich auf die Zähne beißen, um keine tiefer gehenden Vermutungen zu verbreiten, warum es zu solchen Taten in Deutschland wiederholt und ungesühnt kommen kann und mit welchem Recht bestimmte Entscheidungen in unserem sogenannten freiheitlich-demokratischen Staat gefällt werden. Ganz zu schweigen von der „Vierten Gewalt“, die für sich selbst

sämtliche Pressefreiheiten einfordert, aber die Griffel ungespitzt in der Schreibtischschublade lässt, wenn Vertreter der AfD aufgrund ihrer politischen Überzeugung zu Opfern von Gewalt werden.

„Sein oder nicht sein?“ fragt sich Hamlet auf seiner Suche nach der richtigen Entscheidung. Die gleiche Frage müssen sich der deutsche Staat, seine ausführenden Organe, die Regierenden in Bund und Ländern sowie alle Abgeordneten in den Parlamenten stellen. Mit ihrem Handeln haben sie Sorge dafür zu tragen, dass alle Bürger und insbesondere alle politischen Funktionsträger jedweder Couleur vor Gewalt jeglicher Art geschützt sind.



Gesicht zeigen – gegen die Vollverschleierung

Mit ihrem Antrag gegen die Vollverschleierung unterstreicht die AfD-Fraktion im Landtag NRW, dass die AfD ihren Wahlversprechen auch Taten folgen lässt.

Die Duldung des islamistischen Stoffgefängnisses für Frauen ist falsch verstandene Toleranz! Denn die grundgesetzlich garantierte freie Religionsausübung hat auch in einem weltoffenen Deutschland ihre Grenzen dort, wo gesellschaftliche Interessen und Verfassungsrechte berührt werden!

Zum einen ist die Vollverschleierung eine Gefahr für die Innere Sicherheit. Zum anderen widerspricht sie der

grundgesetzlich geregelten Gleichheit von Mann und Frau. Auch ist es in unserem Kulturkreis üblich, seinem Gegenüber ins Gesicht schauen zu können und ihm die Hand zu reichen unabhängig davon, ob es sich um Mann oder Frau handelt.

Mit Spannung wartet die Fraktion auf die Diskussion im Parlament, wenn die CDU-geführte Landesregierung gefragt ist, über den Antrag zu entscheiden. Die AfD möchte „ein Gebot rechtlich vorschreiben, Gesicht zu zeigen, da wo es für das Zusammenleben nötig ist“ und kann nur feststellen, dass „eine vollverschleierte Frau in Deutschland kaum eine Chance“ auf Integration haben wird.



(Den Antrag finden Sie im Internet unter: <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-522.pdf>)

Verfehlte Energiepolitik auf dem Rücken unserer Landwirte

Wie eine kleine Anfrage (Drucksache 17/670) des AfD-Abgeordneten **Dr. Christian Blex**, umweltpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion NRW, ergab, hat sich der Anteil landwirtschaftlicher Nutzflächen für den Betrieb von Biogasanlagen in zehn

Jahren auf ca. 8,5% verdreifacht. Damit wird eine Leistung von 300 Megawatt Strom erzeugt. Damit bringen alle Biogasanlagen in NRW zusammen etwa ein Drittel der Energieausbeute eines konventionellen Kraftwerks.



Mit seiner Anfrage wollte Christian Blex auch Klarheit darüber, wie hoch der Flächenbedarf wäre, wenn der gesamte Bruttostromverbrauch von Biogas gedeckt werden sollte. Die Antwort der Landesregierung ist ernüchternd: Um den gesamten Strombedarf in NRW mit Biogas zu erzielen, wäre eine Fläche von 7,3 Mio. Hektar nötig. Selbst wenn man ganz NRW nutzen würde, wäre das nicht ausreichend: das Land ist lediglich 3,41 Mio. Hektar groß.

„Die verfehlte Energiewendepolitik der Landesregierung ist kein Rechenfehler, sondern wird auf dem Rücken der Landwirte für die Energiewende ausgetragen“, ist sich Dr. Blex sicher. „Dabei sind es gerade die Landwirte, die durch das steigende Pachtpreisniveau für Ackerland die Zeche zahlen müssen.“

Keine Kommunalreform ohne die Zustimmung der Bürger

Das rheinland-pfälzische Innenministerium möchte die Stadt Kirn in die Verbandsgemeinde Kirn-Land eingliedern. Von der Stadt Kirn wird ein „positives freiwilliges Signal“ erwartet, ansonsten drohe die zwangsweise Eingemeindung. Dagegen kämpfen Stadtrat und Bürgerinitiative (BI) „Pro Kirn“ mit dem Argument, Kirn benötige als gewachsener Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstandort den Status der Verbandsfreiheit.

Die AfD unterstützt die Position der Stadt. **Jürgen Klein**, Mitglied der AfD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, befürwortet die Position der Stadt: „Ein Bürgerbegehren, in dem sich die Bürger zum Erhalt einer für sie besseren Lösung ent-



schieden haben, zu ignorieren, zeugt von einem Regierungsstil nach Guts-herrenart und hat mit der von uns geforderten direkten Demokratie nichts zu tun. Es ist in keinem der bisheri-

gen Zusammenschlüsse der Gemeinden nachgewiesen, dass es zu nennenswerten Einsparungen in den öffentlichen Verwaltungshaushalten gekommen ist.“

Fragestunde verkommt zur Selbstdarstellung der Landesregierung Rheinland-Pfalz

Jede Plenarsitzung im rheinland-pfälzischen Landtag beginnt mit einer Fragestunde der Abgeordneten an die Landesregierung, die damit ihr Kontrollrecht gegenüber

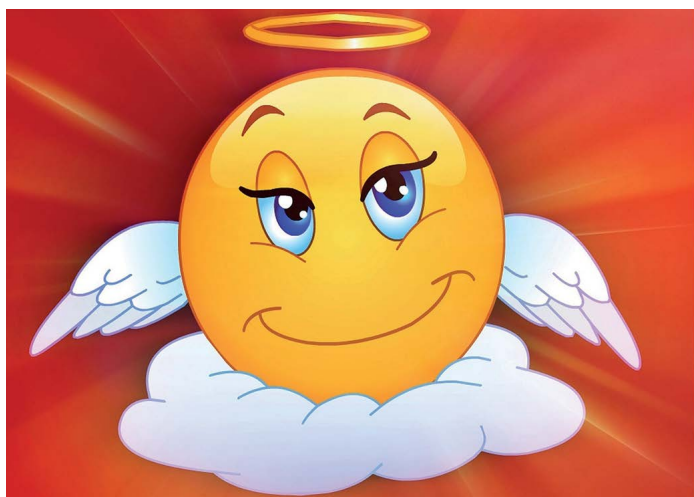
der Regierung ausüben. Gemäß Geschäftsordnung soll die Fragerunde nicht länger als 80 Minuten dauern. In jüngster Zeit passiert es, dass Abgeordnete der regierungstragenden

Fraktionen einen Großteil der Zeit mit Gefälligkeitsfragen verstreichen lassen.

Für **Uwe Junge**, Vorsitzender der AfD-Fraktion, ist das untragbar, weil das offensichtlich

nur dem Zweck diene, dass die Landesregierung sich in einem positiven Licht darstellen könne. So nahm die Landesregierung (SPD) sich in einer Sitzung nahezu 26 Minuten Zeit, um auf die erste mündliche Anfrage zweier Abgeordneter (SPD) zu den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit zu antworten.

„Diese Handhabung widerspricht dem Sinn der Fragestunde,“ kommentiert Uwe Junge. „Durch Gefälligkeitsfragen jedenfalls verkommt die Fragestunde immer mehr zur Selbstdarstellung der Landesregierung, die immer weniger Zeit für kritische Fragen lässt.“



Die Frankreichstrategie des Saarlandes sollte überdacht werden



Soll jeder Saarländer ab dem Jahr 2043 Französisch sprechen können? Diese Frage stellt sich die AfD Saar, die ein grundsätzliches Überdenken der saarländischen „Frankreichstrategie“ fordert. Entsprechend empfehlen die Abgeordneten der AfD im saarländischen Landtag, keine finanziellen Mittel für das Projekt zur Verfügung zu stellen.

Begründet wird dies damit, dass die französische Sprache in der Bevölkerung des Saarlandes „nie richtig verinnerlicht“ worden sei, obwohl die Region wirtschaftlich und kulturell eng mit Frankreich verbunden ist. Ein ähnliches Bild gibt es auch auf der französischen Seite im grenznahen Raum, wo immer weniger Deutsch gesprochen werde und der

Deutschunterricht zugunsten Englisch zurückgefahren werde.

Von einer „Deutschlandstrategie“ in der französischen Region Grand Est könne nicht die Rede sein, weil Frankreich in der Großregion als Blockierer agiere. Das zeigt sich z.B. in der mangelhaften Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie, die es deutschen Handwerkern fast unmöglich macht, auf der französischen Grenzseite zu arbeiten. Im Großraum Straßburg wird ohne Absprache eine Plakettenpflicht eingeführt, wodurch deutschen Autofahrern hohe Bußgelder drohen.

Als Fazit fordert die AfD Saar, dass mit der französischen Seite zuerst grundlegende Dinge besprochen werden müssten, wozu auch das Thema Umweltschutz und die Chemieanlage Carling gehöre.

Stoppt endlich die Gebührenabzocke für Vereine

„Stehen die Dorffeste auf der Kippe?“, hatte die Saarländische Zeitung im November 2017 gefragt und berichtet, dass Ortsvorsteher sich bei der Bundeskanzlerin und der saarländischen Ministerpräsidentin des Saarlandes über die „maßlose Gebührenabzocke“ und den Bürokratieaufwand bei Vereinsfesten beschwerten.

Da sind z. B. die Gema-Gebühren für das Abspielen von Musik oder immer neue Vorschriften z.B. zum Brandschutz oder Schall- und Sicherheitsschutz für Schützenvereine. Die Forderung der Vereinsmacher wurde von der saarländischen Ministerpräsidentin mit einem lapidaren „da kann man nichts machen“ beantwortet.

Ganz anders sieht das die AfD Saar. Deren Abgeordnete hatten im Landtag des Saarlandes die Ministerpräsidentin aufgefordert, das Thema zur Chefsache zu erklären und auf die Tagesordnung der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz zu setzen. „Politiker werden dafür gewählt, Missstände zu beenden und nicht, sich damit abzufinden“, heißt es in einer Pressemitteilung. Schließlich gehe es um die Zukunft des ländlichen Raums: „Die Vereine sind die Motoren jedes Dorfes. Dorferhaltung verlangt Dorfleben. Und das wird mit dem Aussterben der Vereine aufhören. Gerade im Saarland ist die Verödung des ländlichen Raums ein großes Problem. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Die Rechte der Gema hingegen sind nicht in Stein gemeißelt.“



Aufgewacht: CDU Sachsen verkauft zwei Jahre alten AfD-Antrag als eigene Idee

Nach dem Wahldebakel bei der Bundestagswahl 2017, in der die AfD als stärkste politische Kraft in Sachsen hervorgegangen war, liegen die Nerven bei der CDU blank. Mit einer AfD-Plagiat-Politik versucht die CDU-Landesregierung nun zu retten, was kaum noch zu retten ist: Den Machterhalt um jeden Preis. So will CDU-Innenminister Ulbig Ende 2017 eine spezielle Software einführen, mit der Wohnungseinbrüche besser vorhersagbar werden sollen.

Dazu erklärt **Sebastian Wippel**, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion: „Dieses Verhalten ist

typisch CDU: Was die AfD-Fraktion vor über zwei Jahren im Landtag beantragt hatte (Drs. 6/2801), wird nun als eigene CDU-Idee verkauft“. Zur Erinnerung: Die Einführung der von der AfD geforderten Software war damals von der CDU unter fadenscheinigen Begründungen abgelehnt worden und das sogar, obwohl andere Bundesländer Erfolge mit der Technik vermeldet konnten.

Wenn die CDU diesen Ideen-Klau von AfD-Positionen ernsthaft fortsetzen will, müsste sie die unkontrollierte Masseneinwanderung beenden, Grenzen schließen, abge-



lehnte Asylbewerber abschieben, den Islam nicht zu Deutschland gehörig erklären, keine Schulden von bankrotten Euro-Staaten übernehmen und die überbeuerte Energiewende beenden.

Negativrekord: 10.000 Ausreisepflichtige in Sachsen, nur 1.800 Abschiebungen



Angesichts von fast 10.000 Ausreisepflichtigen und lediglich 1.800 durchgeführten Abschiebungen in Sachsen 2017 hat die AfD den Rücktritt des CDU-Innenministers ge-

fordert. Zahlen der Landesdirektion zufolge hat sich die Zahl der Abschiebungen im Vergleich zum Vorjahr (3.400) nahezu halbiert, im Gegensatz zur Ankündigungsrhetorik der von der CDU angeführten Landesregierung.

Für den sicherheitspolitischen Sprecher der AfD-Fraktion, **Carsten Hütter**, hat der CDU-Innenminister auf der ganzen Linie versagt. Der logistische Offenbarungseid bei Abschiebungen, die „gefühlte überhaupt nicht stattfinden“, sei dabei nur eines von vielen Versäumnissen: „Sachsens Polizei ist personell am Limit, explodierende, linksextremistische Kriminalität, grassierende sexuelle Übergriffe und die zunehmende Gewalt im ganzen Freistaat“, zählt er Beispiele der desaströsen Innenpolitik auf, die noch getoppt wer-

de von 10.000 Fremden, „die hier eigentlich nicht mehr sein sollten“ und dennoch auf Kosten der Steuerzahler verköstigt werden würden – über 1.000 mehr, als die Stadt Altenberg Einwohner habe!

Da nütze es auch wenig, wenn der Innenminister fordere, dass Bargeldauszahlungen an ausreisepflichtige Asylbewerber unterbleiben und Nordafrika als sichere Herkunftsregion eingestuft werden sollten. Was allein zähle, seien die Fakten. Und diese belegen die Untätigkeit der Landesregierung, weshalb diese und ihr Innenminister zurücktreten sollten.

Planwirtschaft ist der falsche Weg in der Bildungspolitik

Bis 2022 werden in Sachsen-Anhalt 3.500 neue Lehrer benötigt. Das Problem: Nur die Hälfte kann im eigenen Bundesland ausgebildet werden. Nun überschlagen sich Bildungs- und Wirtschaftsministerium mit planwirtschaftlichen Vorschlägen, um den drohenden Lehrermangel zu vermeiden. So sollen die Plätze für Erstsemester und die Erfolgsquoten an den Universitäten erhöht werden.

Von derartigen Plänen hält **Dr. Hans-Thomas Tillschneider** wenig. Der Sprecher für Bildung, Kultur und Wissenschaft der AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

kritisiert, dass dabei von oben vorge-schrieben werde, wie sich Universitäten zu entwickeln haben. Den Universitäten selbst hingegen würden kaum Freiräume zugestanden: „Als die Universität Magdeburg beschloss, einen Lehramtsstudiengang einzurichten, wurde sie dafür scharf kritisiert.“

„Was wir brauchen, um den Lehrermangel zu bekämpfen, ist mehr akademische Freiheit“, ist sich Tillschneider sicher: „Wenn die Universitäten volle Freiheit hätten, Lehramtsstudiengänge aufzulegen, würden auch wieder genug junge Leute ein solches Studium beginnen.“



Im Sinne einer effizienten Bestenauslese ist der Druck, möglichst hohe Erfolgsquoten zu erzielen, also möglichst alle durchkommen zu lassen, kontraproduktiv. Es kann nicht sein, dass unsere Universitäten durch unsinnige Vereinbarungen und Vorgaben gegängelt werden.“

AfD-Fraktion stellt Positionspapier „Stärkung der Demokratie“ vor



Die AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 25. Oktober 2017 ein achtzehenseitiges Positionspapier zur Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie“ vorgelegt. Es sieht umfangreiche Maßnahmen vor, die direkte Demokratie in Sachsen-Anhalt sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene zu stärken. Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, den Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt direkt

wählen und die Legislaturperiode des Landtags durch Volksentscheid oder Volksbegehren vorzeitig beenden zu können. Zudem soll ein Bürgerentscheid bereits dann wirksam sein, wenn sich zehn Prozent aller Stimmberechtigten daran beteiligen, statt der bisher geforderten 25 Prozent.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD, **André Poggenburg**, betont, „dass die AfD mit völlig anderem Anspruch als die anderen Parteien beziehungsweise Fraktionen an das Thema ‚Stärkung der Demokratie‘ herangegangen ist. Wir wollen eine grundlegende Reform, keine marginalen Änderungen“. Durch die Direktwahl des Ministerpräsidenten werde eine besondere demokratische Legitimation geschaffen, eine „unmittelbare Nähe zwischen Regierenden und Regierten“, sagte er. Außerdem sei sie ein „vorzügliches

Instrument, um der allgemeinen Politikverdrossenheit zu begegnen.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, **Robert Farle**, ergänzt, dass auch niedrigere Quoren für Bürgeranträge und Bürgerentscheide ein gewichtiges Element seien, unsere Bürger wieder mehr zu demokratischem Engagement auf kommunaler Ebene bewegen zu können.

Die Enquete-Kommission „Stärkung der Demokratie“ hatte auf Initiative der AfD-Fraktion im vergangenen Dezember ihre Arbeit aufgenommen. Das AfD-Positionspapier wird dem Abschlussbericht der Kommission als Sondervotum beigelegt, der Dezember 2017 erwartet wird. <http://www.afdfraktion-lsa.de/wp-content/uploads/2017/10/Positionspapier-AfD-NEU.pdf>

Gewerkschaft ver.di präsentiert sich als Steigbügelhalter der Asyl-Lobby

Die Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Schleswig-Holstein und Abgeordnete im Landtag, **Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein**, beklagt eine „ideologiegetriebene Klientelpolitik“ von Gewerkschaften. Die für ihre asylfördernde und flüchtlingsbejahende Ausrichtung bekannte Gewerkschaft ver.di hatte am 13. November in Frankfurt am Main zu einer Konferenz eingeladen, die sich die „Berufliche Integration von Geflüchteten im Kommunalbetrieb“, so der offizielle Veranstaltungstitel, auf die Fahnen geschrieben hatte.

Mit Veranstaltungen wie dieser präsentiert sich ver.di als helfende Hand, die nach der millionenfachen Aufnahme von „Flüchtlingen“ in den bundesdeutschen Kommunen nun die langfristige „Integration“ der Asylanten forcieren möchte.

Diese Ziele werden ohne Umschweife umrissen: „Im nächsten Schritt

muss es darum gehen die betriebliche und berufliche Integration der Geflüchteten voranzubringen“, heißt es in der Veranstaltungsankündigung. Kommunen und kommunale Betriebe werden darin als Arbeitgeber beschrieben, die nun gefordert seien, Integrationspfade für Asylanten zu schaffen: „Damit die Integration gut gelingt, müssen die notwendigen strukturellen, personellen und empathischen Voraussetzungen im Betrieb geschaffen werden.“

Die Gewerkschaft ver.di möchte insbesondere Entscheidungsträger der Kommunalpolitik für ihre Auffassung über „Geflüchtete“ beeinflussen und setzt dabei bewusst Asylbewerber mit Einwanderern gleich, um zu suggerieren, es sei ein Mehr an Integrationsmaßnahmen nötig.

Diese Haltung ist konträr zur Position der Alternative für Deutschland. Das bringt Doris von Sayn-Wittgenstein



zum Ausdruck: „Asylgewährung ist immer nur ein Recht auf Zeit. Wenn der Asylgrund wegfällt, muss der „Flüchtling“ zwingend zurück in sein Heimatland. Dies ist geltendes Recht, Schluss mit linker Sozialromantik!“

AfD-Landesvorsitzende verurteilt Indoktrination der Schüler mit schwul-lesbischer Propaganda



Die Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, **Doris von Sayn-Wittgenstein**, fordert eine Klarstellung des Kieler Bildungsministeriums in Bezug auf die Verfassungs- und Schulrechtmäßigkeit

schwul-lesbischer Aufklärungsworkshops an Schleswig-Holsteiner Schulen.

Im Juli dieses Jahres hatte das Ministerium unter CDU-Ägide erklärt, eine entsprechende Überprüfung vornehmen zu wollen. Seither werden vom Ministerium Begriffe wie „Toleranz“ und „Akzeptanz“ ins Feld geführt, ohne sich klar zu einem der beiden in diesem Bereich wesentlichen Begriffe zu bekennen. In einem Schreiben des Ministeriums vom 28. Juni 2017 wird als Ziel der landesweiten Sexualerziehung an Schulen die Erziehung zur „Toleranz“

genannt, während im gleichen Dokument darauf hingewiesen wird, dass die Landesregierung den „Landesaktionsplan für Akzeptanz sexueller Identitäten“ unterstütze.

„Nun mal Butter bei die Fische“, fordert, Doris von Sayn-Wittgenstein eine Klarstellung und bezieht sich auf ein Gutachten des Hamburger Staatsrechtlers Prof. Dr. Winterhoff, wonach die staatliche Sexualerziehung, die auf eben jene ‚Akzeptanz‘ sexueller Vielfalt gerichtet ist, weder mit dem Grundgesetz noch mit dem Schulgesetz Schleswig-Holsteins vereinbar sei.

Statt Erhöhung sollte der Rundfunkbeitrag komplett abgeschafft werden

Die Ministerpräsidentenkonferenz hatte im Herbst 2017 über eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beraten. Rechtzeitig vor dem Termin war von den ÖR-Rundfunkanstalten die „Empfehlung“ unterbreitet worden, den Zwangsbeitrag von 17,50 Euro pro Haushalt und Monat auf über 20 Euro zu erhöhen. Begründet wurde diese mit dem hanebüchenen Argument, dass damit in den kommenden Jahren keine weiteren Erhöhungen benötigt würden.

Dazu sagt **Wibke Muhsal**, stellvertretende Vorsitzende der Thüringer AfD-Landtagsfraktion: „Eine Reform des öffentlichen Rundfunks wird es ohne einen grundlegenden

Politikwechsel in Deutschland nicht geben. Solange die Vertreter von Union, SPD, Grünen und der Linken in den Gremien sitzen, werden sie erstens weiterhin die politischen Inhalte der Programme bestimmen und zweitens dem Bürger dafür tief in die Tasche greifen.

Die AfD fordert demgegenüber ein Ende der Zwangsabgabe. Die Finanzierung des ÖR-Rundfunks sollte auf freiwilliger Basis erfolgen, z.B. mit einem ‚Abo‘-Modell, bei dem nur der zahlt, der auch tatsächlich die Programme von ARD und ZDF



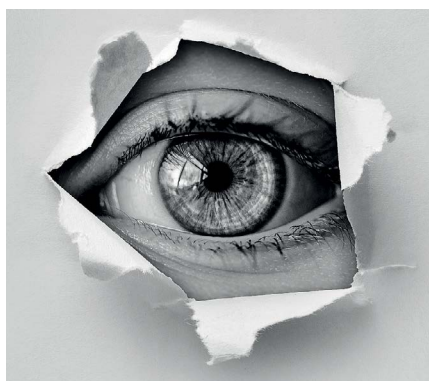
sehen will. „Wir wollen einen echten Wettbewerb aller Medien,“ erläutert Wibke Muhsal und ergänzt: „Zwangsabgaben für Medien widersprechen dem demokratischen Grundverständnis einer freiheitlichen Gesellschaft.“

Thüringer Verfassungsschutzbericht 2016 ist parteipolitisch instrumentalisiert

Der Landessprecher der AfD-Thüringen, **Stefan Möller**, hegt Zweifel an der sachgerechten Amtsführung im Thüringer Verfassungsschutz und wirft dessen Präsidenten vor, die von Amts wegen gebotene Neutralität nicht zu wahren. Möller bezieht sich auf die bei Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2016 gemachte Aussage, wonach eine Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz nicht mehr auszuschließen sei.

„Die Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2016 offenbart eine skandalöse Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes durch Rot-Rot-Grün“, kommentiert Möller. „Wer die offen linksextremistische und demokratiefeindliche Kommunistische Plattform nicht für erwähnenswert hält, aber bei jeder

Gelegenheit über die Beobachtung der AfD oder Teilen davon räsoniert, widerlegt die für eine sachgerechte Amtsführung erforderliche Neutralität.“



Immer wieder erfolgt in einigen Medien die Unterstellung, die AfD oder Teile davon würden mit der Identitären Bewegung zusammenwirken. Diese Behauptung widerspricht dem Beschluss des AfD-Bundesvor-

stands, wonach eine Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung ausgeschlossen wird. „Der Beschluss des AfD-Bundesvorstands wird auch in Thüringen eingehalten“, so Stefan Möller.

Angeichts der im Thüringer Verfassungsschutzbericht gut dokumentierten Zusammenarbeit zwischen dem rot-rot-grünen Lager und linksextremistischen Organisationen stellt sich eine andere Frage: Wenn überhaupt eine Überwachung in Erwägung gezogen werden kann, dann wären die extremistischen Flügel des Thüringer Regierungslagers wohl eher zu überwachen.

Hier finden Sie die „Unvereinbarkeitsliste“ für die Mitgliedschaft in der AfD: <https://www.afd.de/unvereinbar/>.

Städte- und Gemeindebund beim Familiennachzug auf Linie mit der AfD

Auch wenn die AfD noch nicht auf kommunaler Ebene oder in den Landesparlamenten in Regierungsverantwortung ist, zeigen sich erste Erfolge unserer Politik, wie folgende zwei Beispiele zeigen.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund teilt die Einschätzung der AfD, dass ein weiter forcierter Familiennachzug nicht nur die Integrationskraft der Kommunen überfordere,

sondern auch Syrien Arbeitskräfte entziehe, die für den Wiederaufbau des Landes notwendig seien. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, hatte in einem Interview mit der „Passauer Neuen Presse“ im Oktober 2017 vor der Wiedereinführung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit begrenztem Schutzstatus gewarnt: „Das würde die Integrationskraft der Kommunen überfordern. Schon heu-



te fehlen Kita- und Schulplätze sowie Wohnraum für Geflüchtete“. Außerdem werde für den Wiederaufbau des Heimatlandes „jede verfügbare Hand gebraucht“.

Sächsische Handwerkskammer übernimmt zu 100 Prozent AfD-Forderungen

Im Rahmen einer Pressekonferenz der sächsischen Handwerkskammer stellte Roland Ermer (CDU), Präsident des Sächsischen Handwerkstages, im Oktober 2017 Forderungen an die mögliche Jamaika-Bundestags-Koalition. Ermer beklagte dabei, dass das Handwerk in Deutschland vielfach belastet werden würde und nannte konkrete Forderungen, die die



AfD-Fraktion im sächsischen Landtag in den Monaten zuvor in ihren Fraktionsanträgen thematisiert hatte, was jedoch von der CDU-geführten Regierung stets abgelehnt worden war.

Dazu gehören z.B. „Ächtung des Diesels legt die Betriebsfahrzeuge der Handwerker lahm“ (AfD-Antrag Drs. 6/10516); die Abschaffung des Meistertitels, wodurch wertvolles Wissen verloren gehe, siehe hierzu den Antrag „Der Meistertitel muss wieder gestärkt und finanziell gefördert werden (Meisterbonus)“ (AfD-An-

trag Drs. 6/6607); die „fehlgeleitete Energiewende ist maßlos überzogen und treibt die Strompreise in astronomische Höhen“ (AfD-Antrag Drs. 6/10715); der „Breitbandausbau muss endlich erfolgen, sonst können auch Handwerker nicht arbeiten“ (AfD-Antrag Drs. 6/9302) und die Forderung, „Leistung muss sich wieder lohnen, Entlastung der Einkommenssteuer, mehr Netto vom Brutto“ eine Grundforderung der AfD, siehe unser Grundsatzprogramm.

Impressum

„AfD Kompakt“ ist das Mitglieder magazin der Alternative für Deutschland

V.i.S.d.P.:
Alternative für Deutschland (AfD)
vertreten durch den Bundesvorstand,
dieser vertreten durch den Bundessprecher:
Prof. Dr. Jörg Meuthen und
gemäß § 14 (3) Bundessatzung
ein weiteres Mitglied des AfD-Bundesvorstandes.

erreichbar über die Bundesgeschäftsstelle:
Postanschrift: Schillstraße 9, 10785 Berlin
Telefonzentrale: +49 (30) 2 20 56 96 - 0
Faxnummer: +49 (30) 2 20 56 96 - 29
Zentrale E-Mail: bgs@alternativefuer.de

Bildnachweis

Titel nFree, AfD, AfD, CC0-Pixabay-qimono; S.2 AfD; S.3 Ossenbrink; S.4 AfD; S.12 AfD; S.14 AfD-BW, CC0-Pixabay-hpgruesen; S.15 AfD-Bay; S.16 AfD; S.17 CC0-Pixabay-PeterDargatz, CC0-Pixabay-ActiveMedia; S.18 AfD; S.19 AfD, CC0-Pixabay-TJENA; S.20 AfD; S.21 AfD, CC0-Pixabay-succo; S.22 AfD, CC0-Pixabay-geralt; S.23 AfD, CC0-Pixabay-geraldK; S.24 wiki-media-commons-panoramio, CC0-Pixabay-Cocoparisienne; S. 25 CC0-Pixabay-pixel2013, CC0-Pixabay-maxmann; S. 26 CC0-Pixabay-sabinevanerp, AfD; S. 27 CC0-Pixabay-geralt, CC0-Pixabay-kvrhchowdari; S. 28 AfD, CC0-Pixabay-3dman_eu/QuinceMedia; S. 29 CC0-Pixabay-geralt, CC0-Pixabay-Alexas_Fotos; S. 30 CC0-Pixabay-qimono, CC0-Pixabay-12019; 32 nFree

Adressen der AfD-Landesverbände

AfD Baden-Württemberg

Landesgeschäftsstelle
Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
Tel: (0711) 72 60 54-0
geschaefsstelle@afd-bw.de

AfD Bayern

Landesverband
Postfach 1223, 82019 Taufkirchen
Tel: (089) 306 475 68
geschaefsstelle@afdbayern.de

AfD Berlin

Landesgeschäftsstelle
Kurfürstenstraße 79, 10785 Berlin
Tel: (030) 220 569 622
lgs@afd.berlin.de

AfD Brandenburg

Landesgeschäftsstelle
Schopenhauerstr. 27, 14467 Potsdam
kontakt@afd-brandenburg.de

AfD Bremen

Aumunder Heerweg 55, 28757 Bremen
Tel: (0176) 236 615 28
kontakt@afd-lv-bremen.de

AfD Hamburg

Landesverband
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg
Tel: (0151) 562 181 68
info@afd-hamburg.de

AfD Hessen

Landesgeschäftsstelle
Wasserweg 4, 60594 Frankfurt/M.
Tel: (069) 872 092 22
info@afd-hessen.de

AfD Mecklenburg-Vorpommern

Landesgeschäftsstelle
Woldegker Straße 27
17033 Neubrandenburg
Tel: (0395) 369 673 12
info@afd-mv.de

AfD Niedersachsen

Landesgeschäftsstelle
Postfach 1109, 21355 Bardowick
Tel: (04131) 603 01 90
niedersachsen@afd-nds.de

AfD Nordrhein-Westfalen

Landesgeschäftsstelle
Münsterstr. 306, 40470 Düsseldorf
Tel: (0211) 545 589 50
geschaefsstelle@afd.nrw

AfD Rheinland-Pfalz

Landesgeschäftsstelle
Schusterstr. 22, 55116 Mainz
Tel: (06131) 486 38 10
info@alternative-rlp.de

AfD Saarland

Landesgeschäftsstelle
In der Galgendell 53, 66117 Saarbrücken
info@afdsaarland.de

AfD Sachsen

Landesgeschäftsstelle
Ostraallee 35, 01067 Dresden
Tel: (0351) 656 764 33
kontakformular@afdsachsen.de

AfD Sachsen-Anhalt

Landesgeschäftsstelle
Schönebecker Str. 11-13
39104 Magdeburg
Tel: (0391) 405 969 72
geschaefsstelle@afd-lsa.de

AfD Schleswig-Holstein

Landesgeschäftsstelle
Walkerdamm 1, 24103 Kiel
Tel: (0431) 385 500 10
geschaefsstelle@afd-schleswig-holstein.de

AfD Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Alte Chaussee 87 (Haus 12)
99097 Erfurt
Tel: (0361) 341 968 65
www.afd-thueringen.de

Zu den Internetauftritten unserer Landesverbände gelangen Sie über www.afd.de/partei/landesverbaende

„AfD Kompakt“ im Internet: Webseite: www.afdkompakt.de | Facebook: www.facebook.com/afdkompakt

Twitter: www.twitter.com/afdkompakt | Youtube: www.afdkompakt.tv

AfD-Fraktionen Bundestag und Bundesländer

AfD-Fraktion im

Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

AfD-Fraktion Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
Tel: (0711) 206 356 05
post@afd.landtag-bw.de

AfD-Fraktion Berlin

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
Tel: (030) 232 526 21
info@afd-fraktion.berlin

AfD-Fraktion Brandenburg

Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel: (0331) 966 18 00
info@afd-fraktion-brandenburg.de

AfD-Fraktion Hamburg

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg
Tel: (040) 428 312 518
info@afd-fraktion.hamburg.de

AfD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern

Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Tel: (0385) 525 17 00
kontakt@afd-fraktion-mv.de

AfD-Fraktion Niedersachsen

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover
Tel: (0511) 303 035 02
info@afd-fraktion-nds.de

AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel: (0211) 884 45 38
afd-fraktion@landtag.nrw.de

AfD-Fraktion Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Str. 3, 55116 Mainz
Tel: (06131) 208 37 52
info@afd.landtag.rlp.de

AfD-Fraktion Saarland

Franz-Josef-Röder-Straße 7
66119 Saarbrücken
Tel: (0681) 500 24 00
kontakt@afd-fraktion.saarland

AfD-Fraktion Sachsen

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel: (0351) 493 42 22
info@afd-fraktion-sachsen.de

AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt

Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Tel: (0391) 560 60 01
info@afdfraktion-lsa.de

AfD-Fraktion Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Tel: (0431) 988 16 60
fraktion@afd.ltsh.de

AfD-Fraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Tel: (0361) 377 24 69
info@afd-thl.de

IHRE SPENDE HilFT



Spenden per PayPal
paypal@alternativefuer.de

REDAKTION UND KONTAKT

Alternative für Deutschland/Bundesgeschäftsstelle
Abt. Parteikommunikation/Redaktion „AfD Kompakt“
Schillstraße 9, 10785 Berlin
Tel: +49 (30) 2 20 56 96 - 61
Fax: +49 (30) 2 20 56 96 - 69
E-Mail: afdkompakt@alternativefuer.de

Mitgliederverwaltung
Tel: +49 (30) 2 20 56 96 - 77
Fax: +49 (30) 2 20 56 96 - 78
E-Mail: mit@alternativefuer.de

Internet: **www.afdkompakt.de**, www.afd.de
Facebook: www.facebook.com/alternativefuerde
www.facebook.com/afdkompakt
Twitter: www.twitter.com/afd
www.twitter.com/afdkompakt
Youtube: www.afdkompakt.tv
Instagram: www.instagram.com/afd.bund

